

SCHLUSSPLÄDOYER VON PROFESSOR DR. KRÖGER

**Aus dem  
Angeklagten  
wurde der  
Ankläger**

DOKUMENTE AUS DEM PROZESS GEGEN DIE KPD

Aus dem  
**Angeklagten**  
wurde der  
**Ankläger**

Schlußplädoyer von Prof. Dr. Kröger

## VORWORT

Acht Monate dauerte die „Beweiserhebung“ im Karlsruher Verbotsprozeß gegen die KPD. Der gesamte Prozeß, mit dem die Adenauer-Regierung ein Verbot der KPD erreichen will, ist ein Bestandteil ihrer Politik der Wiederaufrüstung des deutschen Militarismus. Während der Verhandlung brachen die willkürlichen Konstruktionen und Auslegungen der Regierung zusammen. Des öfteren wurden die Regierungsvertreter der Fälschung überführt.

In der Öffentlichkeit aber wurde dieser Prozeß von Woche zu Woche unpopulärer. Insbesondere Mitglieder und Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften erkannten, daß die Adenauer-Regierung über die KPD hinaus einen Schlag gegen alle demokratischen Rechte der Werktätigen, wie z. B. das Streikrecht, führen will. Zehntausende von Protesten gingen beim Bundesverfassungsgericht ein.

Angesichts der damals noch bevorstehenden Genfer Konferenz trieb die Bundesregierung in der Fortführung des Prozesses zu immer größerer Eile an. Sie wollte auf jeden Fall vor Beginn der Genfer Konferenz ein Verbot der KPD erreichen, um die Atmosphäre zu vergiften, und eine Entspannung der internationalen Lage zu verhindern. Sechs Tage vor Beginn der Genfer Konferenz mußte daher die Prozeßvertretung der KPD mit den Sachplädoyers beginnen. Das erste Plädoyer wurde am 12. Juli 1955 von Professor Dr. Kröger gehalten. Professor Dr. Kröger nahm zu der Grundfrage der Politik der KPD Stellung und überführte die Adenauer-Regierung des Verfassungsbruches.

Herr Präsident. Ich möchte zunächst namens der KPD folgenden Antrag stellen:

In erster Linie: das Verfahren als grundgesetzwidrig einzustellen, weil es

- a) gegen das grundgesetzliche Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit verstößt (Präambel Art. 146 GG),
- b) weil es von der Bundesregierung unter mißbräuchlicher Anwendung des Art. 21 Abs. 2 GG zum Zwecke der Ausschaltung einer oppositionellen Partei betrieben wird.

In zweiter Linie stelle ich den Antrag,  
die Anträge der Bundesregierung vom 5. Juli 1955 als unbegründet zurückzuweisen.

Ich übergebe die Anträge.

Herr Präsident! Meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter! Ich sagte schon, daß wir in diesem ersten Teil des Abschlußplädoyers in möglichster Prägnanz und möglichster Kürze noch einmal darstellen wollen, auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme, die Prinzipien der Politik der KPD, die Gründe, aus denen ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen der Politik der derzeitigen Bundesregierung und der Politik der KPD entstanden ist und daß wir in diesem Zusammenhang die Tatsache darlegen wollen, daß die KPD nicht wegen einer angeblichen Verfassungswidrigkeit hier vor diesem Gericht steht, sondern wegen ihrer Gegnerschaft zu der Politik der derzeitigen Bundesregierung.

Wenn ich in diesem Sinne das Schlußplädoyer beginnen will, dann zwingen mich sowohl die Tatsache dieses Verfahrens überhaupt wie auch die in diesem Verfahren von dem Senat zu entscheidenden Fragen, von einer historischen Feststellung auszugehen.

## **Auch Hitler begann mit dem Verbot der KPD**

Vor kaum mehr als 10 Jahren wurde im Mai 1945 das Hitler-Regime in Deutschland zertrümmert. Unmenschliche Verbrechen am deutschen Volk und an den von Hitler-Deutschland überfallenen und vergewaltigten Völkern waren verübt worden. Deutschland war in die furchtbarste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt, und der Name des deutschen Volkes war in den Augen der Welt geschändet worden.

Wir alle wissen, daß dieser Weg der Hitler-Barbarei, der in dem Meer von Blut der Konzentrationslager, der Schlachtfelder des zweiten Weltkrieges und der zerbombten deutschen Städte endete, 1933 mit dem Versuch begann, die KPD und den Kommunismus in Deutschland auszurotten. Dem faschistischen Vernichtungsfeldzug gegen die Kommunisten folgte dann, wie ebenfalls jeder weiß, der furchtbarste Terror gegen alle demokratischen Gegner des Nazi-regimes, ganz gleich, ob sie Sozialdemokraten, bürgerliche Demokraten oder Hitler-Gegner aus christlicher Verantwortung waren, der Terror gegen alle, die das deutsche Volk vor der Kriegspolitik Hitlers warnten. Dieser brutale Terror gegen das eigene Volk und die antikommunistische Verhetzung breitester Massen waren ein entscheidender Teil der Vorbereitung für den Ueberfall Hitler-Deutschlands auf die europäischen Völker. Und mit dem ebenso wahnsinnigen wie verbrecherischen Angriff auf die friedliche sozialistische Sowjetunion gruben sich dann schließlich die deutschen Imperialisten selbst das Grab, nachdem sie vorher allerdings Millionen irgeleiteter deutscher Soldaten in den Tod gejagt hatten.

Der 8. Mai 1945 war also das Ergebnis einer Politik von vornherein aussichtsloser Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus, einer Politik militärischer Abenteuer, einer Politik der Vernichtung aller demokratischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes, einer Politik der brutalsten Unterdrückung aller Demokraten und Friedensfreunde, einer Politik der blutigsten Verfolgung der Kommunisten und einer weitesten Kreise des deutschen Volkes verblendenden Antikommunistenhetze.

Jedermann kennt diese Tatsachen der jüngsten deutschen Vergangenheit und ihre Lehren.

## **KPD soll verboten werden, weil sie für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands eintritt**

Und trotzdem müssen wir jetzt hier erleben, Herr Präsident und meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter, daß die KPD vor Gericht gestellt und verboten werden soll, die heute wie damals die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes vertritt, die die gegenwärtige Regierungspolitik in Westdeutschland bekämpft, weil diese der Lösung der nationalen Gegenwartsaufgaben Deutschlands hindernd im Wege steht. Die KPD stellt sich dieser Politik mit ihrer ganzen Kraft entgegen, weil sie es als ihre höchste Pflicht und ihr unabdingbares Recht betrachtet, alles zu tun, um so schnell wie möglich die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in einem souveränen und demokratischen deutschen Staate herbeizuführen.

## **Die KPD will verhindern, daß Deutschland Kriegsherd wird**

Die KPD will damit die Gefahr beseitigen, daß Westdeutschland zum Herd eines neuen Krieges wird, daß wiederum eine sogenannte „Politik der Stärke“ Millionen unschuldiger Menschen in den Tod treibt, daß Westdeutschland angesichts des Kräfteverhältnisses in der Welt notwendigerweise zum Hauptschlachtfeld eines dritten Weltkrieges und damit zugleich zum Schauplatz der Vernichtung der Aggressoren wird, daß es zur verbrannten Erde eines Atomkrieges wird. Deshalb stellt sich die KPD um des Lebens und der Zukunft des deutschen Volkes und um der friedlichen Existenz aller europäischen Völker willen jenen imperialistischen und militaristischen Kräften in den Weg, die unserem Volk noch einmal ein verhängnisvolles Schicksal bereiten wollen, obwohl sie weiß, daß ein neuer Aggressionskrieg nur zum endgültigen Untergang der Imperialisten führen kann. Die KPD setzt einer solchen Politik militärischer Abenteuer die Politik der demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege der Verständigung, die Politik einer friedlichen Koexistenz aller Völker und Staaten entgegen, weil nur unter solchen Bedingungen das deutsche Volk sein Leben in Freiheit, Würde und Glück führen kann.

Trotzdem — und die KPD muß feststellen: gerade deshalb — wird heute, wie wir im einzelnen an Hand des hinter uns liegenden Verfahrens, an Hand des Beweisverfahrens, noch im Laufe der Schluß-

plädoyers zeigen werden, die KPD wieder verfolgt, diejenige Partei, die 1933 das deutsche Volk warnte: „Hitler — das ist der Krieg!“ Und die jetzt zum nationalen Kampf gegen das Adenauer-Regime aufruft, weil sie auf Grund aller geschichtlichen Erfahrungen der festen Ueberzeugung ist, daß die Politik dieser Regierung das Leben und die Zukunft unseres Volkes aufs Spiel setzt.

### **Wieder soll die KPD in die Illegalität getrieben werden**

Wieder soll die KPD in die Illegalität getrieben werden, weil sie eine den herrschenden Gewalten unbequeme Mahnerin und Warnerin ist, die sich in ihrer Politik nur von den Interessen des deutschen Volkes leiten läßt, das ein friedliches und glückliches Leben in einem einheitlichen, unabhängigen und demokratischen deutschen Staat will.

Niemand kann sich angesichts dieser Lage bestimmten historischen Erinnerungen entziehen. Niemand kann die geschichtliche Tatsache übersehen, daß in Deutschland, seit es eine revolutionäre sozialistische Bewegung gibt, seit Marx und Engels, alle Angriffe der Reaktion auf die Lebensinteressen und Lebensrechte des Volkes, alle aggressiven Pläne des preußisch-deutschen Militarismus gegen andere Völker immer mit dem Versuch begonnen haben, die Sozialisten und Demokraten mundtot zu machen.

Der Kölner Kommunisten-Prozeß von 1852 und die Kommunistenverfolgungen des 19. Jahrhunderts bis zu den Bismarck'schen Terrorgesetzen gegen die Sozialisten leiteten die preußische „Blut- und Eisenpolitik“ ein. Diese Verfolgungen dienten der Vorbereitung der Kriege von 1864 und 1866 und der Umwandlung des Krieges von 1870/71 in einen Eroberungskrieg gegen das französische Volk. Der Königsberger Prozeß, der Prozeß gegen Karl Liebknecht von 1904, war ein Teil der Vorbereitungen des deutschen Imperialismus auf den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt im ersten Weltkrieg. Der Prozeß gegen Karl Liebknecht während des ersten Weltkrieges war der Versuch der rücksichtslosen Niederschlagung aller Kriegsgegner, um die Durchhaltepolitik der deutschen Militaristen zu sichern. Der Reichstagsbrandprozeß von 1933 schließlich leitete die blutige Nacht des Faschismus und den zweiten Weltkrieg mit seinen furchtbaren Folgen ein.

Heute aber unternimmt es eine westdeutsche Regierung, die KPD wegen angeblicher Verfassungswidrigkeit vor Gericht zu stellen, die Partei, deren politische Ziele immer von den Interessen des deutschen Volkes bestimmt waren, die sich insbesondere immer die Erhaltung des Friedens als ihre Hauptaufgabe gestellt hat, die Partei, die direkt, unmittelbar im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Kriegspolitik eines Wilhelm II., eines Krupp, Klöckner und Röchling entstand.

Heute soll also diese Partei wieder einmal ihrer Legalität beraubt werden, die sich durch ihre ganze Vergangenheit, durch ihre aufrechte und mutige Haltung in den dunklen Jahren von 1933 bis 1945 ihr Recht zur Mitgestaltung eines neuen friedlichen und wahrhaft demokratischen deutschen Volksstaates in überzeugender Weise erworben hat. Denn gerade die Kommunisten sind ja doch in den Jahren unbeirrt wie immer für die Erhaltung des Friedens, für die Verständigung zwischen den Völkern, für den Aufbau eines unabhängigen, in der Welt geachteten deutschen Nationalstaates eingetreten, der die Interessen des deutschen Volkes in den Mittelpunkt seiner Politik stellt. Die Kommunisten haben entschlossen gegen die Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges gekämpft und haben in diesem Kampf — ich erinnere an die erschütternden Darlegungen von Herrn Rische in diesem Zusammenhang — das Blutopfer Tausender ihrer Funktionäre und Mitglieder in den Folterkammern und Vernichtungslagern des Hitlerreiches gebracht.

### **KPD stand an der Spitze des Kampfes gegen den Naziterror**

Die Kommunisten können mit Stolz heute von sich sagen, daß sie in der ganzen Zeit der Hitlerherrschaft nichts unterlassen haben, um in Zusammenarbeit mit den Antifaschisten aus allen politischen und weltanschaulichen Lagern das deutsche Volk vor dem drohenden Krieg und der ihm unausweichlich folgenden nationalen Katastrophe zu retten. Die Kommunisten können mit Recht feststellen, daß die KPD niemals den Kampf gegen den Naziterror und gegen Hitlers Kriegspolitik aufgegeben hat. Die Kommunisten haben nie — auch in dieser schwersten Zeit nicht — das Vertrauen in die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk verloren. Sie haben immer die feste Zuversicht bewahrt, daß das deutsche Volk eines Tages die Kraft finden wird, jene dunklen Mächte der Vergangenheit abzuschütteln, die mit ihrer Politik der Welteroberungspläne und des

Herrenmenschentums so maßloses Unglück über Deutschland und die Welt gebracht haben. Die Kommunisten haben stets unerschütterlich an eine Zukunft des deutschen Volkes geglaubt, die entscheidend von den werktätigen Menschen unseres Volkes gestaltet wird, die nichts anderes wollen, als in Frieden, Freiheit und Glück ihre Kräfte dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau zu widmen.

Deshalb — und das haben wir hier in der Beweisaufnahme dargelegt — hat auch allein die KPD schon während der Nazizeit in ihren Beschlüssen von Brüssel und Bern ein konstruktives Programm zur Rettung der deutschen Nation entwickelt, das vor allem darauf gerichtet war, alle jene Ursachen zu beseitigen, die zur Katastrophe des deutschen Volkes, zu Faschismus und Krieg geführt hatten.

### **KPD verkündete 1945 Programm der Neugestaltung Deutschlands**

Als dann 1945 die Stunde gekommen war, nun endlich und — man muß feststellen — geschichtlich gesehen doch viel zu spät für das deutsche Volk, die Lehren aus der Vergangenheit und insbesondere aus den letzten 50 Jahren zu ziehen, hat die KPD schon in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 — der ebenfalls Gegenstand der Beweisaufnahme war — ihr Programm der Neugestaltung Deutschlands verkündet.

Dieses Programm ging von der furchtbaren nationalen Not aus, in die das deutsche Volk geraten war, weil es unter der Herrschaft des Imperialismus in den 45 Jahren von 1900 bis 1945 wenigstens 20 Jahre für die verstärkte Vorbereitung zweier Weltkriege und über 10 Jahre für die unmittelbare Führung dieser Kriege verwandt hatte. Die KPD legte deshalb in diesem Aufruf vom 11. Juni 1945 als die Grundlinie ihrer Politik für die ganze kommende Etappe den Kampf gegen die Ursachen fest, die zu dieser verderblichen Entwicklung geführt hatten. Sie stellte sich, der deutschen Arbeiterklasse und allen verantwortungsbewußten Deutschen die eine zentrale Aufgabe, ein antifaschistisches, demokratisches Deutschland zu schaffen, in dem alle die Kräfte ausgeschaltet sein sollten, die die Zerstörer der Demokratie und die Urheber aggressiver Kriegsabenteuer waren, ein Deutschland, in dem das deutsche Volk alle Rechte und Freiheiten besitzen sollte, um sein Schicksal selbst zu gestalten. Und niemand kann doch heute bestreiten, daß der Aufbau eines solchen einheitlichen deutschen Staates in der Tat eine wesentliche

Garantie für eine friedliche Entwicklung in Europa und für ein im Innern freies und nach außen unabhängiges Leben des deutschen Volkes als eines gleichberechtigten und geachteten Partners im Kreise der friedliebenden Völker und Staaten sein würde.

### **Die KPD forderte in dem Aufruf vom 11. Juni:**

*„Jetzt gilt es, grundsätzlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, sondern auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß grundsätzlich weggeräumt werden.“*

Die KPD verlangte zur Erreichung dieser Ziele die Zuendeführung der Demokratisierung Deutschlands, die mit der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 begonnen wurde. Sie schlug den Weg der Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk vor.

Diese in dem Juni-Aufruf der KPD aufgestellten Grundsätze für den demokratischen Neuaufbau Deutschlands standen und stehen in Einklang mit den allgemein anerkannten völkerrechtlichen Prinzipien über das friedliche Zusammenleben der Nationen und über die Verpflichtung aller Staaten, die Voraussetzungen für ein solches Zusammenleben im eigenen Innern zu schaffen und die Grundsätze dieses Zusammenlebens zu achten. Die KPD befand sich daher mit ihren Auffassungen auch in völliger Übereinstimmung mit den Grundgedanken des Potsdamer Abkommens, das diese längst geltenden völkerrechtlichen Prinzipien gerade für die Nachkriegsgestaltung Deutschlands und seine Behandlung durch die Siegermächte verbindlich zum Ausdruck brachte.

### **Grundsätze des Potsdamer Abkommens entsprechen den nationalen Interessen des deutschen Volkes**

Die KPD hat stets betont und sie tut das heute erneut, daß diese Grundsätze — ich betone Grundsätze — des Potsdamer Abkommens in vollem Umfang den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechen. Denn das Potsdamer Abkommen legt für Deutschland die völlige Entmilitarisierung und die Vernichtung des Nazismus fest. Es verlangt die Schaffung von Sicherungen gegen jedes Wiedererstehen des Nationalsozialismus in irgendeiner Form und Vorbeugungsmaßnahmen gegen jede Wiederkehr nazistischer und mili-

taristischer Bewegungen und ihrer Propaganda. Das Potsdamer Abkommen fordert die endgültige Umgestaltung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage und die Vorbereitung einer friedlichen Mitarbeit Deutschlands im internationalen Maßstab. Es macht die Beseitigung aller nazistischen Diskriminierungen politischer, weltanschaulicher und rassischer Art sowie die Bestrafung aller Kriegsverbrecher und einflußreichen Nazis und ihren Ausschluß von jeder öffentlichen Tätigkeit zur Voraussetzung für die Rückkehr Deutschlands in den Kreis freier und gleichberechtigter Nationen. Das Potsdamer Abkommen legt für die künftige Entwicklung Deutschlands die Demokratisierung des Erziehungswesens, die restlose Beseitigung aller nazistischen und militaristischen Irrlehren und eine erfolgreiche Entwicklung demokratischer Ideen fest. Es fordert eine Entwicklung des Gerichtswesens nach den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Es verlangt schließlich die Garantie der Freiheit der Rede und der Presse in Deutschland und bestimmt, daß in ganz Deutschland alle demokratischen, politischen Parteien zu erlauben und zu fördern und freie Gewerkschaften zuzulassen sind.

Ich beziehe mich für diese kurzen Grundsätze auf den Abschnitt über die politischen Grundlagen Deutschlands im Potsdamer Abkommen.

Damit waren für die innere Gestaltung Deutschlands demokratische Grundsätze, waren für seine Beziehungen nach außen die Perspektiven eines gutnachbarlichen Zusammenlebens gegeben.

Die KPD, deren Politik seit 1945 völlig der Durchsetzung dieser Prinzipien entsprach, der Durchsetzung dieser Prinzipien diene, kann heute feststellen, daß besonders in jüngster Zeit sich immer mehr Staaten ausdrücklich zur Achtung solcher Grundsätze des friedlichen Zusammenlebens der Völker und zur Regelung ihrer internationalen Beziehungen auf dieser Basis bekennen. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf die Ergebnisse der chinesisch-indischen Beratungen vom Juni 1954, die Konferenz der asiatischen Staaten in Bandung sowie die jugoslawisch-sowjetischen und sowjetisch-indischen Abmachungen vom Juni 1955 hingewiesen, die schon jetzt gerade in Achtung und Anwendung der eben erwähnten Prinzipien zu einer fortschreitenden Isolierung der aggressiven imperialistischen Kräfte geführt haben.

Die KPD konnte schon vor dem 8. Mai 1945 und dann vor allem mit dem eben erwähnten Aufruf an das deutsche Volk vom 11. Juni 1945 mit einem konkreten Programm für den Neuaufbau Deutschlands auftreten, weil sie damals wie heute die Partei der deutschen Arbeiterklasse ist, derjenigen Klasse, die allein fähig ist, an der Spitze des Volkes, im festen Bündnis mit den werktätigen Bauern und in enger Zusammenarbeit mit allen nationalgesinnten Menschen für ein friedliches und glückliches Leben des deutschen Volkes zu arbeiten und zu kämpfen.

### **Nur die Arbeiterklasse kann die Volksbewegung führen**

Die KPD geht in ihrer Politik davon aus, daß es längst durch die Geschichte unseres Volkes erwiesen ist, daß heute nur noch die Arbeiterklasse Volksbewegungen für die Durchsetzung der nationalen Interessen und für die Sicherung der Freiheit und Unabhängigkeit des Volkes zu führen vermag. Die deutschen Monopolherren, Großkapitalisten und Großgrundbesitzer haben schon seit dem vorigen Jahrhundert durch ihre Politik selbst den Beweis dafür geliefert, daß sie die nationalen Belange des Volkes ihren egoistischen Macht- und Profitinteressen aufopfern und daß sie selbst vor offenem nationalen Verrat nicht zurückscheuen. Ich will nicht wiederholen, was in diesem Zusammenhang im Rahmen der Beweisaufnahme hier dargelegt worden ist, ich will nicht noch einmal davon sprechen, daß hinter der rheinischen Separatistenbewegung nach dem ersten Weltkrieg die entscheidenden Kreise der westdeutschen Großbourgeoisie standen. Ich will noch einmal darauf eingehen, daß es eine historische Tatsache ist, daß der Machtantritt Hitlers und der zweite Weltkrieg nicht möglich gewesen wären, ohne die Rolle der reaktionärsten Teile der deutschen Großindustrie, besonders der Rüstungsindustrie. Alles das sind unbestreitbare historische Fakten, von denen die KPD in der Festlegung ihrer Politik ausgeht.

### **Die Pariser Verträge sind ein Unglück für unser Volk**

Und die KPD sieht in der derzeitigen Lage in Westdeutschland neue Beweise für diese geschichtliche Wahrheit. Sie stellte und stellt zu der von der derzeitigen Bundesregierung betriebenen Politik der Pariser Verträge fest — ich beziehe mich dafür auf die hier vorgelegten Dokumente —.

Für das deutsche Volk bedeutet diese Politik die Erschwerung oder gar Verhinderung einer friedlichen demokratischen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf dem Wege der Verständigung unter den Deutschen und die Gefahr, daß Westdeutschland zur verbrannten Erde eines dritten Weltkrieges wird. Der westdeutschen Bevölkerung nehmen diese Verträge das ursprünglichste Recht, das ein Volk überhaupt besitzt, das Recht, sich in einem unabhängigen, friedliebenden Nationalstaat zu vereinen. Mit den Pariser Verträgen wird die Entscheidung über diese nationale Grundfrage an ausländische Mächte übertragen. Die Pariser Verträge liefern Westdeutschland einer Beherrschung durch ausländische Militärkontingente aus und schaffen die Möglichkeit militärischer Maßnahmen ausländischer Truppen gegen soziale und demokratische Bewegungen deutscher Werktätiger. Sie häufen auf die westdeutschen Bürger schwerste wirtschaftliche Lasten zur Finanzierung aggressiver Pläne fremder und deutscher Imperialisten gegen schwächere Völker. Sie wollen die Produkte der Arbeit deutscher Menschen und die wirtschaftlichen Kräfte Westdeutschlands für diese abenteuerlichen Pläne nutzbar machen und berauben damit das deutsche Volk der Erzeugnisse seines Fleißes und seiner Anstrengungen. Für das ganze deutsche Volk aber und darüber hinaus für alle friedliebenden Menschen stellen diese Pariser Verträge eine Gefährdung ihrer Wünsche und Hoffnungen auf eine allgemeine politische Entspannung in der Welt dar.

## **Pariser Verträge sollen Rüstungsgewinnlern Profite sichern!**

Nutzen bringen diese Verträge nur einer kleinen Gruppe westdeutscher Rüstungsinteressenten, die sich eng mit den amerikanischen Monopolen verbunden haben. Für diese Kreise und ewig unbelehrbare deutsche Militaristen sind diese Verträge allerdings ein willkommenes Instrument ihrer Machtpolitik, ihres Strebens, eine Minderung der internationalen Spannungen zu verhindern und ihrer Pläne, noch einmal Gut und Blut des deutschen Volkes zu opfern, um den Weg kriegerischer Abenteuer zu beschreiten. Für sie sollen diese Verträge eine Sicherung ihrer politischen und ökonomischen Herrschaft in Westdeutschland gegen das deutsche Volk sein. Dieser kleinen Gruppe eröffnen die Verträge von Paris die lockende Aussicht auf lohnende Rüstungsgeschäfte, die sich heute bereits in den Ziffern der Börsenkurse widerspiegelt.

Die KPD geht also in ihrer Politik davon aus, daß diese reaktionären Kräfte durch ihr eigenes Verhalten jede Möglichkeit und jedes Recht verloren haben, sich als Vertreter der nationalen Interessen des Volkes aufzuspielen, daß deshalb die deutsche Arbeiterklasse heute die einzige reale Kraft ist, die fähig ist, an die Spitze nationaler Bewegungen zu treten und sie zum Erfolge zu führen. Denn die Arbeiterklasse ist die stärkste Kraft unseres Volkes. Sie ist die einzige Klasse, deren Interessen sich stets in voller Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des Volkes befinden. Das Schicksal der Arbeiterklasse ist unlösbar mit dem Schicksal der Nation verbunden. Die Arbeiterklasse bekämpft jede Unterdrückung überhaupt und deshalb auch die nationale Unterdrückung. Sie tritt für die Freiheit der Nation ein, tritt ehrlich, einschränkungslos für die Freiheit der Nation ein, weil sie nur mit der Befreiung des ganzen Volkes sich selbst befreien kann.

Herr Präsident, meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter, die gesamte politische Tätigkeit der KPD als Partei der Arbeiterklasse seit 1945 — das haben wir hier in der Beweisaufnahme dargelegt — zeugt dementsprechend von dieser nationalen Haltung ebenso wie früher der Kampf von Marx und Engels um die einheitliche, unteilbare, demokratische deutsche Republik, wie der Kampf von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegen den ersten Weltkrieg, wie der Kampf von Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck gegen das Diktat von Versailles, gegen die Versklavungspläne von Dawes

und Young und wie der opferreiche Widerstand der KPD gegen die Nazigefahr, den Naziterror und die Kriegspolitik der deutschen Imperialisten vor und nach 1933.

### **KPD kennt keine parteiegoistischen Ziele**

Diesen Traditionen entsprechend kannte und kennt die KPD keine parteiegoistischen Ziele, sondern nur ihre Verantwortung für die Erfüllung derjenigen Aufgaben, die von nationalen Interessen des deutschen Volkes gestellt werden. Daher ist die KPD heute wie stets bereit, sich über alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten hinweg zur Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes mit allen anderen nationalgesinnten und verantwortungsbewußten Kräften in ehrlicher, fester, gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden. Diesen Prinzipien, die für die KPD bestimmend waren, als sie nach der Wiederherstellung ihrer legalen Rechte 1945 ihre Arbeit in Deutschland wieder aufnahm, ist sie unverändert treu geblieben.

Alle programmatischen Erklärungen, die die KPD seit 1945 herausgegeben hat — und die hier ja Gegenstand der Beweisaufnahme des Senats waren — gehen von diesen Grundsätzen aus. Alle diese programmatischen Erklärungen beweisen, daß die KPD in ihrer ganzen Politik nur ein Ziel kennt: Den Aufbau und die Sicherung eines friedlichen und glücklichen Lebens für die arbeitenden deutschen Menschen in einem unabhängigen und demokratischen deutschen Nationalstaat.

### **Die KPD: Sachwalterin der Lebensinteressen unseres Volkes**

Gerade deshalb aber mußte der Kampf der KPD gegen die in Westdeutschland heute herrschenden Kreise immer schärfer und unveröhnlicher werden, je mehr sie erkennen mußte, je mehr offenbar wurde, daß die Politik dieser Kräfte, die von der Regierung Adenauer durchgeführt wird, die nationalen Interessen des deutschen Volkes aufs äußerste gefährden. Darum sah es die KPD als ihre Pflicht an, 1952 in ihrem Programm der Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands mit aller Schärfe zum Kampf gegen das Adenauer-Regime aufzurufen. Es ging ihr dabei um nichts anderes, als um die Wahrung der durch die Remilitarisierungspolitik aufs äußerste bedrohten Lebensinteressen des deutschen Volkes: des Rechts des deutschen Volkes auf Ausübung seiner nationalen Selbstbestimmung nach innen und außen, des Rechts des deutschen Volkes auf einen einheitlichen, unabhängigen und demokratischen Nationalstaat, des Rechts des deutschen Volkes auf ein Leben in Frieden und Glück.

Und auch die jüngste grundsätzliche programmatische Erklärung der KPD, die Thesen des Hamburger Parteitages vom 30. Dezember 1954, stellen diese Grundsätze der KPD unverändert in ihren Mittelpunkt. Sie gehen von der tiefen Sorge der KPD um die Zukunft Deutschlands aus, die durch die Fortdauer und Vertiefung der Spaltung Deutschlands aus, die durch die Fortdauer und der Vertiefung Deutschlands infolge der Pariser Verträge und der Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland aufs äußerste bedroht ist. In den Thesen des Hamburger Parteitages zeigt die KPD der westdeutschen Bevölkerung den Weg, um sie aus der Bedrohung ihrer Existenz durch die Pariser Verträge herauszuführen, um die deutsche Frage friedlich und demokratisch zu lösen und um die Gefährdung der Sicherheit aller Völker Europas durch die Verwandlung Westdeutschlands in einen aggressiven und militaristischen Staat zu beseitigen. Die Thesen des Hamburger Parteitages stellen deshalb der KPD und allen verantwortungsbewußten Deutschen die Hauptaufgabe, die Durchführung der Pariser Verträge zu verhindern und mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß nicht ein drittes Mal von den deutschen Militaristen ein Krieg entfesselt wird. Sie fordern den Kampf gegen die Pariser Verträge und die fortschreitende Remilitarisierung Westdeutschlands, als die entscheidenden Hindernisse einer demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege der fried-

lichen Verständigung. Sie verlangen eine Politik, die darauf gerichtet ist, die internationale Entspannung zu fördern.

### **Thesen des Hamburger Parteitages: Arbeiterklasse trägt Hauptverantwortung**

Die KPD stellt in den Thesen des Hamburger Parteitages ausdrücklich die Hauptverantwortung der deutschen Arbeiterklasse und deshalb ihre eigene große Verantwortung für die erfolgreiche Führung dieses Kampfes fest. Sie macht es sich und der gesamten deutschen Arbeiterklasse zur Aufgabe

*„als Führerin der Nation das einige, demokratische Deutschland gegen die deutschen Monopolisten, Großgrundbesitzer und Militaristen zu erkämpfen, die die nationale Einheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gegen Divisionen und Dollars an den amerikanischen Imperialismus veräußern und Westdeutschland auf den verderblichen Weg des Krieges und damit einer neuen Katastrophe stoßen“.*

Die KPD geht dabei ausdrücklich von der gegenwärtigen Existenz zweier deutscher Teilstaaten aus, die sich unter verschiedenen Bedingungen entwickeln und deren Verhältnisse darum nicht schematisch oder gewaltsam von dem einen Teil Deutschlands auf den anderen übertragen werden können. Sie wendet sich ausdrücklich in den Thesen des Hamburger Parteitages wie in allen anderen Dokumenten, in denen diese Frage behandelt ist, gegen jeden Versuch eines Teiles Deutschlands, dem anderen zu diktieren.

Die KPD erklärt vielmehr der Arbeiterklasse in Westdeutschland, daß das Ausmaß der Demokratie im kommenden einheitlichen Deutschland davon abhängt, wie jetzt in Westdeutschland der Kampf um die demokratischen Rechte, gegen Faschisierung und Militarismus geführt wird.

Die KPD bekennt sich zu den Prinzipien der Verständigung der Deutschen über die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und der alsbaldigen Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zu einer Nationalversammlung, die über die innere Gestaltung des wiedervereinigten demokratischen Deutschlands zu entscheiden hat.

### **Kampf gegen Pariser Verträge steht an der Spitze des Programms der KPD**

Alle Forderungen und Ziele aber, die die KPD für die innere Gestaltung Westdeutschlands aufstellt, gehen von diesem großen nationalen Programm aus, sie dienen den Interessen des Volkes und sind vor allem von dem Willen bestimmt, in Westdeutschland die notwendigen Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Lösung der Lebensfragen des ganzen deutschen Volkes zu schaffen. Deshalb steht an der Spitze des Programms der KPD für ihre Arbeit in Westdeutschland der Kampf gegen die Durchführung der Pariser Kriegspakte, der Kampf gegen die einseitige Bindung Westdeutschlands an das amerikanische Paktsystem, der Kampf gegen die Wiedererrichtung des von der Geschichte längst verurteilten deutschen Militarismus, der Kampf gegen die politische Allmacht der Konzerngewaltigen, der Bankherren und Großgrundbesitzer, die bisher immer nur das deutsche Volk ins Unglück geführt haben. Die KPD will, daß der Frieden des deutschen Volkes und aller europäischen Völker durch ein System der kollektiven Sicherheit in Europa gewährleistet wird. Deshalb fordert sie in Westdeutschland eine solche Veränderung der Machtverhältnisse, daß dadurch der Wille der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, die keine kriegerischen Abenteuer und keine Bedrohung anderer Völker will, wirklich die Politik der Bundesrepublik bestimmt.

Es zeigt sich also, daß die KPD in ihrer ganzen Geschichte, und vor allem in der Periode seit 1945, den zu Beginn dieser Periode aufgestellten Prinzipien treu geblieben ist. Es zeigt sich insbesondere, daß die KPD seit ihrem Wiedereintritt in das legale politische Leben im Jahre 1945 unbeirrt die gleichen politischen Ziele vertreten hat und für die gleichen politischen Grundsätze eingetreten ist. Wir haben das in der Beweisaufnahme nachgewiesen.

### **Die KPD hat ihre Politik nicht geändert**

Wenn also bei einer solchen Lage im November 1951 der damalige westdeutsche Innenminister Dr. Lehr im Auftrag der Bundesregierung den Verbotsantrag gegen die KPD vor dem Bundesverfassungsgericht stellte, dann kann das also nicht geschehen sein und geschah es nicht, weil sich die KPD oder ihre Politik geändert hatten, sondern es geschah, weil die Politik der derzeitigen Bundesregierung in

einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den Interessen des deutschen Volkes geriet, die nach wie vor die Politik der KPD bestimmten. Es geschah, weil die Entwicklung von 1945 bis 1951 dazu geführt hatte, daß in Westdeutschland diejenigen Kräfte wieder den entscheidenden Einfluß gewinnen konnten, die schon immer die Todfeinde der von der KPD vertretenen nationalen Prinzipieninteressen des deutschen Volkes waren. Es geschah, weil die Grundsätze des Potsdamer Abkommens in Westdeutschland nicht durchgeführt waren und deshalb trotz allen schönen Worten von Demokratisierung und Entflechtung der Wirtschaft in Wirklichkeit doch wieder eine Machtzusammenballung in den Händen weniger Bank- und Konzernherren eintrat, wie heute jede Statistik und jeder Blick in die Wirtschaftsteile der großen Zeitungen ausweist. Es geschah, weil diese Kräfte sich den Staatsapparat der Bundesrepublik untergeordnet haben, in dem in entscheidenden Funktionen heute wieder Leute sitzen, die schon die Kriegspolitik Hitlers durchgeführt, unterstützt oder propagiert haben. Leute, auf deren frühere und heutige Rolle in der breitesten westdeutschen Öffentlichkeit — und ich möchte darauf mit allem Nachdruck hinweisen, Herr Präsident —, in der breitesten westdeutschen Öffentlichkeit keineswegs nur von Kommunisten mit größter Sorge hingewiesen wird und unter denen offen — und es ist erschütternd, daß es so ist — in Presse und Rundfunk Namen genannt werden müssen und Namen genannt werden, wie der der Bundesminister Kraft und Oberländer, der Staatssekretäre Globke und Westrick, Namen wie Kiesinger und Zangen, wie von Etzdorf und von Manteuffel. Es geschah schließlich, weil die Bundesregierung mit ihrer Politik der Pariser Verträge in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu den Forderungen und Rechten des deutschen Volkes auf nationale Selbstbestimmung und einen einheitlichen, souveränen und demokratischen Nationalstaat geriet.

## **Die KPD verteidigt die Demokratie – Die Regierung Adenauer tritt sie mit Füßen**

Nicht die KPD — und darum führe ich das aus — hatte also ihre Einstellung zur verfassungsmäßigen Ordnung in Westdeutschland geändert, sondern in der Bundesrepublik vollzog sich eine politische Entwicklung, die im Widerspruch steht zu entscheidenden auch im Grundgesetz enthaltenen freiheitlichen und demokratischen Prinzipien. Es trat das ein, was der 1. Sekretär der KPD, Max Reimann, als Sprecher der Fraktion der KPD anlässlich der Unterzeichnung des Grundgesetzes erklärte — eine Erklärung, die hier in der Beweisaufnahme vorgelegt wurde, und die ich deshalb nicht wiederholen will —, daß nämlich — das ist der Inhalt dieser Erklärung — die Väter des Grundgesetzes ihr eigenes Werk zerstören und die Zeiten kommen würden, da gerade die Kommunisten die im Grundgesetz festgelegten demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes verteidigen. Heute ist es nun längst so weit, daß die KPD vom Boden ihrer unveränderten Haltung zu den demokratischen Rechten und Freiheiten des Volkes, zur grundgesetzlichen Ordnung in der Bundesrepublik sich gezwungen sieht, der gegenwärtig herrschenden Politik und den sie tragenden Kräften aus nationaler Verantwortung vor dem deutschen Volk den schärfsten Kampf anzusagen.

### **KPD-Verbot dient dem Schutz der Regierung vor dem Volk**

In allen diesen Tatsachen — und nur in ihnen — sieht die KPD den wahren Grund für den Verbotsantrag der Bundesregierung. Er dient also nicht, wie die Bundesregierung vorgibt, dem Schutz der Grundordnung gegen eine angebliche Bedrohung durch die KPD, sondern er dient dem Schutz der Politik der derzeitigen Bundesregierung und der hinter ihr stehenden Kräfte gegen den Kampf, in dem das Volk seine Rechte und Interessen verteidigt.

Das ist der wirkliche Inhalt dieses Prozesses, und das muß der Ausgangspunkt für die rechtliche Entscheidung in diesem Verfahren sein. An dieser Lage kann niemand vorbeigehen, und alle Verschleierversuche der Antragstellerin haben nichts daran ändern können, daß durch ihre eigene Prozeßführung und durch ihre gesamte Politik seit der Stellung des Verbotsantrages nur ein weiteres Mal bewiesen wurde, daß sie diesen Prozeß gegen die KPD wegen der nationalen Politik der KPD, wegen des Kampfes der KPD

gegen ihre eigene Politik führt, daß sie ihn führt, um diejenige Partei in Westdeutschland aus dem legalen Leben auszuschalten, die am konsequentesten die nationalen Interessen des deutschen Volkes vertritt, daß sie ihn führt, um die ihr gefährlichste Opposition zu unterdrücken, um diejenige Kraft auszuschalten, die dem deutschen Volk den Ausweg aus den ihm drohenden Gefahren zeigt, um ihm eine friedliche und glückliche Zukunft zu sichern. Und deshalb stellen wir den Antrag, das Verfahren für grundgesetzwidrig zu erklären, nicht nur wegen Verstoßes gegen das Wiedervereinigungsgebot, sondern wegen Mißbrauchs des Art. 21 Abs. 2 zu grundgesetzwidrigen Zwecken.

## KPD wird wegen ihrer nationalen Politik verfolgt

Diese Feststellung, daß die Bundesregierung die KPD in Wirklichkeit wegen ihrer nationalen Politik, wegen ihrer Gegnerschaft gegen die Politik der derzeitigen Regierung verfolgt, wird schon durch den Zeitpunkt der Stellung des Verbotsantrages gegen die KPD im November 1951 und durch den Termin der erst nach drei Jahren erfolgten Eröffnung des Verfahrens im November 1954 bestätigt.

Ich habe, Herr Präsident, und meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter, diese Zusammenhänge schon in einem früheren Plädoyer in diesem Verfahren dargelegt. Ich möchte hier lediglich des Zusammenhanges wegen noch einmal nur an die Grundgedanken erinnern. Ich möchte daran erinnern, durch welche politische Entwicklung — wie ich damals ausführte — in Westdeutschland die Jahre 1950 und 1951 gekennzeichnet waren. Im August 1950 entstand bekanntlich das weittragende politische Folgen auslösende Geheim-Memorandum des Bundeskanzlers zur Frage einer westdeutschen Wiederaufrüstung, das ja zu einer tiefen Krise auch innerhalb der Regierungskoalition und unter anderem zum Rücktritt des damaligen Innenministers Dr. Dr. Heinemann führte. Am 19. September 1950 wurde dann das Kommuniqué der New-Yorker Konferenz der drei westlichen Außenminister veröffentlicht, das als erstes internationales Dokument eindeutig von der Wiederbewaffnung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in den westlichen Militärblock ausging. Seit Januar 1951 fanden dann laufend die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und politischen und militärischen Vertretern der Westmächte über die Frage des sogenannten deutschen Wehrbeitrages statt, während gleichzeitig ja bekanntlich die Bundesregierung alle Angebote zu Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik über Wege zur Annäherung der beiden Teile Deutschlands und die Frage einer friedlichen Wiedervereinigung schroff ablehnte. Am 24. Juni 1951 erklärte der Zwischenbericht der Pariser Konferenz, daß es, um in der Europa-Armee Grundeinheiten mit möglicher Kampfkraft zu schaffen, notwendig sei, die Forderung der Bundesregierung nach Aufstellung geschlossener westdeutscher Divisionen im Gegensatz zum Plevan-Plan und Spofford-Plan anzuerkennen. Am 14. September 1951 wurde das bekannte Kommuniqué der Washingtoner Konferenz der drei westlichen Außenminister veröffentlicht, das ausdrücklich von der Eingliederung Westdeutschlands in die vorgeschlagene soge-

nannte „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ sprach, und am 22. November 1951 war der erste Entwurf des sogenannten Generalvertrages fertiggestellt.

### **KPD ist aktivste Kraft des Volkswiderstandes**

Es ist kennzeichnend für die Gründe und Zwecke des Verbotsantrages gegen die KPD, daß genau im zeitlichen Zuge dieser Entwicklung, nämlich am 23. November 1951, einen Tag nach der Herstellung des ersten Entwurfs des Generalvertrages der Verbotsantrag gegen die KPD beim Bundesverfassungsgericht eingereicht wurde. Dies geschah ganz offensichtlich angesichts der Tatsache, daß sich in dieser Zeit der Widerstand breiter Kreise des deutschen Volkes, vor allem auch in Westdeutschland, gegen diese Politik außerordentlich verschärft hatte. Es geschah also, um mit der KPD die entschlossenste und aktivste Kraft dieses Volkswiderstandes ihrer legalen politischen Betätigungsmöglichkeiten zu berauben.

Nachdem der von den amerikanischen und westdeutschen Militäristen aufgestellte Zeitplan für die Unterzeichnung der Verträge über die sogenannte EVG durch den stets zunehmenden Kampf der friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt gestört worden war und man deshalb den Verbotsantrag drei Jahre lang beim Bundesverfassungsgericht ruhen ließ, wurde dann am 23. November 1954 das Verfahren eröffnet. Dieser Termin war bestimmt — das zeigen wiederum die zeitlichen Zusammenhänge — durch die Bemühungen Washingtons und Bonns, nach dem Scheitern der EVG, vor allem am Widerstand des tapferen französischen Volkes, nunmehr schnell zu einer anderen Form eines Paktsystems zu kommen. Es war daher ein bezeichnender Ausdruck der wahren Hintergründe und Ziele dieses Verfahrens, daß die Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht, vor dem Hohen Senat, gegen die KPD zeitlich mit der Ratifizierung der Pariser Verträge und der Ausarbeitung der ersten Gesetze zur Aufstellung einer westdeutschen Armee zusammenfielen.

### **CDU will Einparteierrschaft**

Und jetzt, heute, können wir und müssen wir — und das geschieht nicht allein seitens der Kommunisten, das geschieht in aller Offenheit in der westdeutschen bürgerlichen Presse (ich erwähne nur einen Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“ von vorgestern — glaube ich —) — ich sage, heute müssen wir die zeitliche Uebereinstimmung des Endes der mündlichen Verhandlung in dem Verfahren gegen die KPD mit den Bestrebungen der Bundesregierung

feststellen, die ersten Wehrgesetze und einen Wahlgesetzentwurf im Bundestag durchzusetzen, als dessen Ziel wiederum in der westdeutschen bürgerlichen Öffentlichkeit sehr offen die Errichtung einer praktischen Einparteienherrschaft der CDU bezeichnet wird. Die KPD steht daher heute auch in Westdeutschland mit ihrer Meinung nicht mehr allein, wenn sie erklärt:

Der Verbotsantrag gegen die KPD und die Eile der Bundesregierung, die Wehrgesetze und ihr neues Wahlgesetz zur Annahme zu bringen, bilden eine untrennbare Einheit. Alle drei Maßnahmen dienen dem Zweck, in Westdeutschland die reaktionären Kräfte zu stärken, die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu erschweren, zu verzögern und einer internationalen Entspannung entgegenzuwirken, die das deutsche Volk und alle friedliebenden Menschen gerade jetzt von der bevorstehenden Konferenz der vier Großmächte in Genf erwarten und um deretwillen wir hier verschiedene Einstellungsanträge gestellt haben.

### **Politik der Pariser Verträge zum Scheitern verurteilt – KPD will nationales Unglück verhindern**

Alles das beweist: Die KPD, die Partei, die noch unmittelbar vor der Stellung des Verbotsantrages durch die Regierung, am 15. November 1951, in der 175. Sitzung des ersten Bundestages den Antrag eingebracht hatte, der Bundeskanzler solle den Inhalt des sogenannten Generalvertrages bekanntgeben und der Bundestag solle beschließen, der Bundesregierung die Unterzeichnung dieses Vertrages zu untersagen, und die seitdem mit allen ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten und ihrer ganzen Kraft diese Politik der Bundesregierung bekämpft hat, diese Partei steht in Wahrheit eben wegen dieser Tätigkeit hier vor diesem Gericht. Die KPD soll verboten werden, weil die derzeitige Bundesregierung in ihr das größte Hindernis für die Verwirklichung ihrer Politik sieht, weil die KPD vom ersten Tage an, an dem diese Politik sichtbar wurde, sie immer wieder vor dem deutschen Volk — und das ist ja hier gerade zum Vorwurf gemacht worden — als nationalen Verrat gekennzeichnet hat und die Volksmassen zum Widerstand aufgerufen hat. Die KPD soll verboten werden, weil die Bundesregierung weiß, daß die Partei der deutschen Arbeiterklasse aus ihrem nationalen Verantwortungsbewußtsein heraus und um der Interessen der deutschen Ar-

beiterklasse und des deutschen Volkes willen niemals den Kampf gegen diese Politik aufgeben wird, die zwar schon heute von der Geschichte zum Scheitern verurteilt ist, die aber noch ungeheures Leid über das deutsche Volk und andere Völker bringen kann.

### **Prozeßvertretung der Regierung hat sich selbst entlarvt!**

Wir sind aber heute nicht mehr darauf angewiesen, den Nachweis, daß die KPD wegen dieses ihres Kampfes, wegen dieser ihrer Politik, wegen des Kampfes gegen die Politik der Spaltung Deutschlands, der Kriegsverträge und der Remilitarisierung unterdrückt werden soll, lediglich aus diesen zeitlichen Zusammenhängen zu führen. Die Prozeßvertretung der Bundesregierung hat im Laufe des Verfahrens trotz aller Versuche, die wahren Gründe des Verbotsantrages zu vertuschen, immer mehr die wirklichen Absichten aufdecken müssen. Ich muß in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß sich schon in dem schriftlichen Verbotsantrag der Bundesregierung vom November 1951 der kennzeichnende Satz findet, daß nach Ansicht der Bundesregierung der schwerste Angriff gegen die Grundordnung, der der KPD vorzuwerfen sei, darin liege, daß sie sich aktiv für die Durchführung der Volksbefragungsaktion von 1951 eingesetzt habe. Es heißt wörtlich „schwerster Angriff“. Das heißt doch nichts anderes, als daß die Bundesregierung die KPD deshalb verboten sehen möchte, weil sie sich an einer demokratischen Massenbewegung beteiligte, die von dem selbstverständlichen Recht Gebrauch machte, eine unmittelbare Meinungsäußerung des deutschen Volkes über die Frage der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages herbeizuführen. Im Namen der „Demokratie“ soll also die KPD für verfassungswidrig erklärt und verboten werden, weil sie für das deutsche Volk das Elementarrecht jeder Demokratie in Anspruch nimmt, über die Schicksalsfragen seiner Zukunft selbst zu entscheiden.

Aber die KPD versteht natürlich sehr gut, weshalb die Bundesregierung in der Volksbefragung eine schwere Gefahr — zwar nicht für die verfassungsmäßige Ordnung, wohl aber für die Durchführung ihrer Politik — sah. Erwies doch bereits diese Volksabstimmung, daß die Bundesregierung die Remilitarisierung und die Einbeziehung Westdeutschlands in das Paktsystem gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes durchführte.

Auch im weiteren Prozeßverlauf gab die Prozeßvertretung der Bundesregierung immer wieder zu erkennen, weshalb diese in Wirklichkeit das Verfahren gegen die KPD betreibt. So war es außerordentlich charakteristisch für diese Absichten, daß nach dem Willen der Bundesregierung hier von der gesamten aktuellen politischen Zielsetzung der KPD zunächst nur das Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands und die Tätigkeit der Kommunisten im Rahmen der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands zum Gegenstand des Verfahrens gemacht werden sollten. Bekanntlich wurde die Beweisaufnahme erst ausgedehnt nach einem energischen Kampf der Prozeßvertretung der KPD um die Erweiterung der Beweisthesen. Kann man aber noch deutlicher zum Ausdruck bringen, weshalb man dann die KPD aus dem Wege räumen will?

### **Kampf der KPD gegen das Monopolkapital soll verfassungswidrig sein**

Schließlich scheuten sich die Prozeßvertreter der Bundesregierung nicht, in diesem Verfahren Äußerungen zu machen, aus denen mit aller Klarheit hervorgeht, daß die Bundesregierung die KPD wegen ihrer nationalen Politik verfolgt und verboten wissen möchte. Sie bezeichneten — die Herren Prozeßvertreter der Bundesregierung — in aller Offenheit hier den Kampf der KPD gegen die politische Allmacht des Monopolkapitals als verfassungswidrig. Sie gaben sogar, wie wir alle hier gehört haben, unumwunden zu, daß die derzeitige Bundesregierung nicht eine Wiedervereinigung Deutschlands auf dem allein demokratischen und freiheitlichen Wege der Verständigung zwischen den beiden Teilen Deutschlands und der beiderseitigen Kompromisse will, sondern daß sie den „Anschluß“ — das Wort ist gebraucht worden von Seiten der Bundesregierung — der DDR an die Bundesrepublik und die Uebertragung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik auf die DDR erstrebt, was naturgemäß nur auf dem Wege der Gewaltanwendung erfolgen kann. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die nachfolgenden kennzeichnenden Äußerungen:

Am 45. Verhandlungstage bereits stellte Herr Rechtsanwalt Dr. Henrichs fest: „Die Antragstellerin steht auf dem Standpunkt, daß der entscheidende Grundwert, die freiheitliche demokratische Grund-

ordnung“ — hier haben wir die Terminologie des Grundgesetzes — „auch über den Zeitpunkt der Wiedervereinigung hinaus als zu erhaltend geschützt ist“. (Seite 32 des Protokolls.)

Im Schlußplädoyer des Herrn Rechtsanwalts Dr. von Winterfeld am 47. Verhandlungstage hörten wir erneut, daß die Bundesregierung sowohl das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands vom 15. Februar 1950 wie das Manifest der Nationalen Front vom 30. Mai 1949 als „Umsturzpläne“ ansieht (Seite 5—6 des Protokolls), und daß sie das Programm der Nationalen Wiedervereinigung der KPD als „den Gipfel der verfassungswidrigen Ziel-aussage“ betrachtet (Seite 7 des Protokolls).

### **Regierung will DDR erobern**

In diesem Schlußplädoyer wird darüber hinaus mit letzter Deutlichkeit die Absicht der Bundesregierung auf eine gewaltsame Annexion der Deutschen Demokratischen Republik ausgesprochen. Es ist dort die Rede davon, daß die Präambel des Grundgesetzes ausgehe von der „Erwartung des Anschlusses der ostzonalen Länder“ (Seite 63—64 des Protokolls). Und weiter heißt es dort, nachdem — man kann es wirklich kaum noch fassen — die Art. 2 und 7 des Generalvertrages neuester, letzter Fassung zu den entscheidenden Grundlagen der Wiedervereinigung Deutschlands erklärt worden sind, daß nach Artikel 146 des Grundgesetzes die Wiedervereinigung Deutschlands „in Freiheit“ nur im Sinne der Wertordnung des Grundgesetzes gemeint sein könne (Seite 65 des Protokolls). Das bedeutet aber doch nichts anderes, als daß die Bundesregierung erstens den Generalvertrag über das Grundgesetz stellt, und daß sie zweitens auf das wiedervereinigte Deutschland die derzeitige Ordnung der Bundesrepublik übertragen will.

### **Ein Prozeß nach amerikanischem Vorbild**

Der Zusammenhang zwischen dem Verbotsantrag gegen die KPD und der Politik der Pariser Verträge wurde aber auch dadurch bestätigt, daß — wie wir hier schon mehrfach betont haben — das Vorgehen und die Argumentation der Bundesregierung in diesem Verfahren unverkennbar darauf hinweisen — im übrigen wird darüber in einem anderen Zusammenhang des Gesamtplädoyers noch zu sprechen sein —, daß der Bericht des sogenannten Untersuchungsausschusses „zur Bekämpfung umstürzlerischer Tätigkeit des ame-

rikanischen Senats“, der sogenannte McCarran-Bericht, vom April 1953, dabei als Vorbild gedient hat. Es ist sehr aufschlußreich, Herr Präsident, und leider ist mir diese Unterlage erst in den letzten Tagen in die Hände gekommen, sonst hätten wir früher darauf hingewiesen, daß dieser Bericht, der McCarran-Bericht, in deutscher Uebersetzung im November 1954, also unmittelbar vor dem Beginn der mündlichen Verhandlung in diesem Verfahren, von der „Bundeszentrale für Heimatdienst“ den westdeutschen Juristen als — wie es auf einer Begleitkarte wörtlich heißt — „wesentlicher Beitrag zum Studium der kommunistischen Ziele“ übersandt wurde. Man darf also wohl annehmen, daß auch an Mitglieder der westdeutschen Gerichte, auch der höchsten Gerichte, dieses Schreiben mit der Anlage des Berichts gesandt worden ist. Wenn es den Senat interessiert, ich bin gern bereit, die Originalkarte dieses Anschreibens vorzulegen.

### **Genfer Konferenz sollte gestört werden**

Wenn man mit diesen Tatsachen den Umstand in Verbindung bringt, daß der amerikanische Außenminister Dulles bekanntlich die offensichtlich auf Störung der bevorstehenden Genfer Konferenz berechnete Forderung aufstellte, dort solle auch über die Frage des sog. Weltkommunismus verhandelt werden, dann werden doch offenbar sehr weitgehende internationale Auswirkungen und wohl auch Zwecke des Prozesses gegen die KPD deutlich. Mit ihm soll nach amerikanischem Vorbild ein Muster- und Probeverfahren gegen die Kommunisten in Westeuropa für ganz Westeuropa durchgeführt werden, um damit gewisse reaktionäre Kräfte auch in Frankreich, Italien und anderen NATO-Ländern zu ähnlichen Schritten zu ermutigen. Es soll also offensichtlich auf diese Weise erneut der Weg zu einer Art neuem Antikominternpakt vorbereitet werden, eine Absicht, die allerdings heute mehr denn jemals an der Kraft der Völker und dem Kampf der Arbeiterklasse auch in den kapitalistischen Ländern scheitern wird und muß.

### **Der Terror der Regierung richtet sich auch gegen SPD und DGB**

Aber die mit dem Verfahren gegen die KPD seitens der Bundesregierung verfolgten weitreichenden Absichten wurden noch deutlicher. Als nämlich trotz dieses Prozesses der Kampf breitester Kreise in Westdeutschland gegen die Politik der Kriegsverträge und der Remilitarisierung immer mehr anwuchs und als sich auch innerhalb der SPD und des DGB zunehmend ein ernsthafter Widerstand gegen diese Politik der Adenauer-Regierung entwickelte, da gingen die Bundesregierung und die ihr nahestehenden Kreise offen dazu über, nun auch gegen Mitglieder der SPD und des DGB, die gewillt waren, ihrer Politik entgegenzutreten, Drohungen — man nannte es manchmal Warnungen — auszustoßen, die deutlich die gleichen „Argumente“ erkennen lassen, die in diesem Verfahren gegen die KPD vorgebracht worden sind.

Ich erinnere hier zum Beweise dessen an die von mir schon früher angeführten Aeußerungen, z. B. eines Artikels vom 21. Januar 1955, in dem bekanntlich dem Bundeskanzler nahestehenden „Rheinischen Merkur“, der die Ueberschrift trägt: „Demokratie in Gefahr“ und in dem im Hinblick auf den Streik der Ruhrarbeiter der Satz enthalten ist — es war der Januar-Streik —: „Kein Zweifel, die Feinde der Demokratie im DGB setzen zu einer Kraftprobe an.“

Am 28. Januar veröffentlichte der gleiche „Rheinische Merkur“ einen weiteren Leitartikel mit der überaus kennzeichnenden Ueberschrift: „Wie 1933 — Außerparlamentarische Aktionen zerstören den Staat.“ Zur gleichen Zeit stand in der 4. Ausgabe der sogenannten „Berliner Industriebriefe“ die Mitteilung, daß die Bundesregierung gewillt sei, den von den Gewerkschaften und Sozialdemokraten angesagten Kampf aufzunehmen und mit allen Mitteln zurückzuschlagen. Es hieß dort wörtlich: „Mit einer solchen Partei ist eine Demokratie nicht aufzubauen.“ Und damit waren nicht die Kommunisten gemeint, sondern die Sozialdemokraten!

Am 2. Februar meldete die „Stuttgarter Zeitung“, daß der bekannte CDU-Abgeordnete Kiesinger in bezug auf die Probeabstimmung über das Paulskirchenmanifest erklärt habe, wer die Form der repräsentativen Demokratie beeinträchtige, lege die Axt an die Wurzel des Staates. Und von demselben führenden Sprecher der Partei des

Bundeskanzlers stammt bekanntlich jenes das Volk verhöhnende Wort von den „Aktionen der Straße“, als die er jede außerparlamentarische Meinungsäußerung des deutschen Volkes zu bezeichnen beliebte.

Und schließlich scheut sich nun die Prozeßvertretung der Bundesregierung selbst nicht, in diesem Verfahren — wie wir ebenfalls alle hier gehört haben — die gleichen Argumente aufzunehmen und in ihren Schlußplädoyers sogar vorzutragen, daß nach ihrer Ansicht jeder politische Streik bereits im Kern eine Revolution sei, daß für sie außerparlamentarische Massenaktionen aller Art und jede Form von Massenstreiks schlechthin verfassungswidrig und hochverräterisch seien. Dabei wurde ausdrücklich auf die sozialdemokratischen Parteitage von Jena und Mannheim und eine Rede August Bebels als angeblichem Kronzeugen für den Gewaltcharakter politischer Streiks Bezug genommen.

## **Adenauer-Regierung will Arbeitern das Streikrecht rauben**

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang ausdrücklich und wörtlich die Worte des Herrn Rechtsanwalts Dr. von Winterfeld zitieren, die er hier im Auftrage der Bundesregierung am 1. Juli sprach:

*„Politischer Massenstreik ist aber nicht nur Revolution: Er ist auch Gewalt.“*

oder

*„Der Uebergang der Akklamation zur Aktion der Massen, die Entfachung um sich greifender politischer Streiks, der Aufruf zum Massenstreik raubt den politischen Instanzen die verfassungslegitime Freiheit ihrer Entscheidung und entmachtet das Parlament.“*

oder

*„Politische Kampfkationen der Massen sind unteilbar verfassungswidrig, mögen sie Bestehendes zerstören oder Neues errichten.“*

(Protokoll des 47. Verhandlungstages, Seite 25, 26 und 45 hinsichtlich dieser drei Sätze.)

Kann man noch bezweifeln, weshalb dieser Prozeß gegen die KPD geführt wird, kann man noch bezweifeln, was kommen soll, sobald die KPD, die konsequenteste und stärkste Kraft des Volkswiderstandes gegen die Politik der derzeitigen Regierung, erst einmal ihrer legalen Existenz beraubt wäre?

## **KPD verteidigt das Streikrecht der Arbeiter**

Die KPD verteidigt daher in diesem Prozeß nicht nur sich selbst. Sie verteidigt hier die demokratischen Volksrechte und die sozialen Rechte der werktätigen Menschen. Sie verteidigt damit hier zugleich die Rechte aller Gewerkschafter und Sozialdemokraten.

Weil die Bundesregierung die KPD wegen ihrer nationalen Politik, wegen ihres Kampfes gegen die nach allen geschichtlichen Erfahrungen für das deutsche Volk verhängnisvolle Politik der derzeitigen Regierung verfolgt, ist es auch sehr verständlich, warum die Bundesregierung mit solcher Eile auf ein Ende der mündlichen Verhandlung in diesem Prozeß drängt, und zwar mit einer solchen Eile, daß sie sogar in Kauf nahm, daß ein Abschnitt der Beweisaufnahme wegfiel, von dem sie ursprünglich hatte mitteilen lassen, in der Öffentlichkeit verbreiten lassen, daß dort sehr belastendes Material

gegen die KPD zu finden wäre. Sie will unter allen Umständen offenbar dieses Verfahren beenden, bevor die in den nächsten Tagen beginnenden Viermächteverhandlungen in Genf ihren Anfang nehmen, bevor der Wille des deutschen Volkes den Bundeskanzler trotz seines offenbaren Widerstrebens zu Verhandlungen mit der Regierung der UdSSR zwingt. Die Bundesregierung weiß, daß diese Ereignisse Ausdruck einer Entwicklung sind, die die KPD immer vorausgesagt hat, und für die die KPD immer eingetreten ist. Die Regierung weiß, daß diese Entwicklung zu einer schnellen Verstärkung des nationalen Kampfes gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, zu einer immer stärkeren Sammlung aller nationalen, gegen das Adenauer-Regime gerichteten Kräfte in Westdeutschland, zu einem wachsenden Einfluß der von der KPD vertretenen Politik führen muß. Sie weiß, daß diese sich anbahnende politische Neuorientierung ein Erfolg der auf eine innerdeutsche und internationale Entspannung drängenden Kräfte ist und diese Entspannung fördern muß. Deshalb sollen die Verhandlungen in diesem Verfahren gegen die KPD beendet werden, um vollendete Tatsachen zu schaffen und Ereignissen zuvorzukommen, die es der Regierung unter Umständen unmöglich machen könnten, ihren Anschlag gegen die KPD, der deshalb ja zugleich ein Angriff auf die Interessen des deutschen Volkes ist, zu Ende zu führen.

### **Adenauer-Regierung hat schwache Position**

Nicht zuletzt wird also das Verhalten der Bundesregierung vom Gefühl der Schwäche ihrer Position bestimmt. Sie fühlt sich schwach — und sie muß sich schwach fühlen — weil ihre Politik mit den Wünschen der überwältigenden Mehrheit des eigenen Volkes, mit den Hoffnungen der Menschheit auf Entspannung, Frieden und Sicherheit nicht vereinbar ist. Sie fühlt sich schwach, weil immer breitere Kreise der westdeutschen Bevölkerung diesen Widerspruch erkennen, weil Arbeiter und Bauern, humanistische Künstler und Wissenschaftler, junge Menschen, Frauen und Mütter und auch real denkende Vertreter des Mittelstandes, des Handels und der Industrie immer dringender eine Neuorientierung der Politik in der Bundesrepublik fordern.

### **Ohne KPD keine freien Wahlen**

Diese Erwägungen erklären das Drängen der Bundesregierung auf eine Beendigung des Verfahrens um so mehr, als der Senat unter dem Eindruck der jüngsten politischen Entwicklung ja inzwischen den Standpunkt der KPD als richtig anerkennen mußte, daß dieses Verfahren und erst recht ein Verbot der KPD geeignet sein können, der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands hindernd im Wege zu stehen. Selbst die Prozeßvertretung der Bundesregierung mußte ja hier einräumen, daß die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen ohne eine Teilnahme der KPD nicht denkbar sei. Das bedeutet aber, daß also die Bundesregierung mit diesem Verfahren und dem von ihr geplanten Verbot der KPD einer friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands Hindernisse in den Weg legt. Die Prozeßvertretung der Regierung hat das hier in den Schlußplädoyers deutlich genug ausgesprochen, indem sie erklärte, daß nach Ansicht der Bundesregierung nur eine „Wiedervereinigung“ — ich zitierte es eben schon — auf dem Wege des Anschlusses Ostdeutschlands an die Bundesrepublik, auf dem Wege der Uebertragung der inneren Ordnung der Bundesrepublik auf Gesamtdeutschland grundgesetzmäßig sei. Da aber trotz aller Erklärungen der Prozeßvertreter der Bundesregierung über „Freiheit“ und „Würde des Menschen“ klar ist, daß die wirklich freien, ihrer Würde bewußten Arbeiter und Bauern der Deutschen Demokratischen Republik nicht daran denken, sich noch einmal der Herrschaft von Monopolherren, Militaristen und Großgrundbesitzern zu unterwerfen, bedeutet diese Erklärung die faktische Proklamation der gewaltsamen Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik — eines zwar völlig aussichtslosen, aber für das deutsche Volk, vor allem für die Bevölkerung Westdeutschlands fürchterlich gefährlichen Abenteuers. Ja, ich sagte schon, die Prozeßvertretung der Bundesregierung hat hier in aller Offenheit ausgesprochen — und das deutsche Volk wird das sehr genau zur Kenntnis nehmen —, daß die entscheidende Rechtsgrundlage jeder deutschen Wiedervereinigung der Artikel 7 des Generalvertrages neuerer Fassung sei, jene Bestimmung also, die dem deutschen Volk gerade in dieser nationalen Lebensfrage seine Selbstbestimmung nimmt.

Mit diesen Erklärungen hat die Bundesregierung selbst volle Klarheit über die Ziele ihrer Politik und über ihre Absichten in diesem Verfahren geschaffen. Sie hat damit zugleich bewiesen, wie **berechtigt** und wie **notwendig** der Kampf der KPD gegen diese Politik

und gegen diese Regierung ist, wie grundgesetzmäßig dieser Kampf ist.

Es kann kein Zweifel bestehen: Die derzeitige Bundesregierung verfolgt die KPD wegen ihres aus nationaler Sorge und nationaler Verantwortung geborenen unbeirrbar und entschlossenen Kampfes um die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, der notwendigerweise als Kampf gegen die Politik der Pariser Verträge, als Kampf gegen die Politik der Remilitarisierung Westdeutschlands und der Behinderung einer innerdeutschen und internationalen Entspannung geführt werden muß.

### **Die Methode der Bundesregierung: „Haltet den Dieb“**

Diese Lage zwingt aber die Bundesregierung, ihre wahren Motive für den Verbotsprozeß gegen die KPD zu verschleiern und den Versuch zu machen, andere Motive für die Öffentlichkeit und das Bundesverfassungsgericht vorzuschieben. Denn ein offenes Eingeständnis dieser Beweggründe müßte die Haltung der Regierung vor dem deutschen Volk bloßstellen. Deshalb versucht die Bundesregierung hier andere Gründe für ein Verbot der KPD vorzuschieben. Deshalb ist sie bemüht, unter sehr durchsichtigen Vorwänden eine angebliche Verfassungswidrigkeit der KPD zu konstruieren. Deshalb hat sie hier den völlig mißlungenen Versuch gemacht — wir haben darüber in der Beweisaufnahme eingehend verhandelt — nach der Methode „Haltet den Dieb!“ der KPD die Absicht zu unterschieben, sie wolle die Verhältnisse der DDR gegen den Willen des Volkes auf die Bundesrepublik übertragen. Deshalb greift sie zu dem in der ganzen Öffentlichkeit durchschauten Manöver, die angebliche Verfassungswidrigkeit der KPD aus ihrem Bekenntnis zum wissenschaftlichen Sozialismus abzuleiten, obwohl doch jedermann weiß, daß die KPD vor 1951, also vor dem Verbotsantrag, genau so auf dem Boden des Marxismus-Leninismus gestanden hat wie heute, daß sie sich zum wissenschaftlichen Sozialismus bekannt hat, seit sie besteht, daß sie in voller Kenntnis der deutschen und internationalen Öffentlichkeit von diesen weltanschaulichen Grundlagen der KPD als demokratische Partei zur entscheidenden Mitarbeit am Neuaufbau eines demokratischen Lebens in Deutschland und auch zur Mitarbeit an der Schaffung gerade des Grundgesetzes berufen wurde. Deshalb hat auch die Prozeßvertretung der Bundesregierung hier in diesem Saale die wahrhaft ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, schon

das Bekenntnis einer politischen Partei zum Sozialismus und jede politische Tätigkeit zur Gewinnung des Volkes für den Sozialismus sei verfassungswidrig. Deshalb erklärte die Prozeßvertretung der Bundesregierung hier schließlich sogar — und hier wird meiner persönlichen Meinung nach die Krone aufgesetzt — die bürgerlich-demokratische Revolution nachträglich noch für verfassungswidrig. Die KPD ist überzeugt, daß alle aufrechten Sozialisten und alle ehrlichen Liberalen sehr genau verstehen, auf welche Position sich die Prozeßvertretung der Bundesregierung mit diesen Erklärungen begeben hat. Angesichts der Tatsache, daß es ihr nicht gelang und nicht gelingen konnte, der KPD verfassungswidrige Ziele nachzuweisen, erstrebt sie jetzt eine Verurteilung des Sozialismus und sogar der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften in Bausch und Bogen. Sie möchte also offenbar nachträglich noch die historische Entwicklung des 19. Jahrhunderts rückgängig machen, und sie landet auf einer Position, wo sie objektiv die Männer der Paulskirche von 1848 und die Toten der Berliner Märzkämpfe diskreditiert und selbst zu einer Rechtfertigung — objektiv jedenfalls — des Systems eines Metternich und Zaren Alexander kommen muß mit dem Angriff auf die bürgerlich-demokratische Revolution.

### **Bundesregierung hatte keine Beweise**

Aber durch solche Erklärungen und Argumentationen zeigt die Bundesregierung doch nur, was es mit diesem Verfahren auf sich hat. Sie ändern jedoch nicht das geringste an dem völligen Bankrott der Beweisführung der Bundesregierung gegen die KPD, sie beweisen ihn vielmehr gerade. Keine Tatsache konnte von der Bundesregierung erwiesen werden, aus der auf eine Verfassungswidrigkeit der KPD hätte geschlossen werden können. Ja, die Regierung mußte sogar in ihrem Schlußplädoyer indirekt zugeben, daß ihre gesamten Versuche, der KPD aktuelle grundgesetzwidrige Ziele nachzuweisen, gescheitert sind. Denn deshalb offenbar stellt doch jetzt wohl die Prozeßvertretung der Bundesregierung die wirklich sehr aufschlußreiche These auf, für die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei käme es gar nicht auf ihre wirkliche politische Tätigkeit und ihre konkreten politischen Ziele an, sondern es genüge, nach Ansicht der Regierung, eine grundgesetzwidrige Tendenz sogenannter Fernziele. Ich verweise auf die Ausführungen von Herrn Rechtsanwalt Dr. Henrichs.

## **KPD wird immer gegen die Politik der Pariser Verträge kämpfen**

Nicht die Verfassungswidrigkeit der KPD wurde also hier erwiesen, wohl aber offenbarte die ganze Verhandlung vor diesem Senat den tiefen und unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der Politik der Bundesregierung und dem Kampf der KPD um die nationalen Rechte und Interessen des deutschen Volkes und um die demokratischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in Westdeutschland. Es war charakteristisch hierfür, daß sich die Prozeßvertretung der Bundesregierung schließlich sogar dazu hinreißen ließ, offen gerade den Kampf und die Angriffe der KPD gegen die derzeitige Bundesregierung und ihre Politik als angebliche Beweismittel für eine Verfassungswidrigkeit zu bezeichnen. Ich beziehe mich auf die Ausführungen von Herrn Rechtsanwalt Dr. Kalsbach. Die KPD bekennt sich auch hier in aller Offenheit, auch vor dem Bundesverfassungsgericht, zu diesem unversöhnlichen Kampf gegen die von der derzeitigen Bundesregierung betriebene Politik der Pariser Verträge, der Wiedererrichtung einer aggressiven deutschen Armee unter dem Kommando von Hitler-Generälen und der sich daraus ergebenden Erschwerung oder Verhinderung der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und Störung einer internationalen Entspannung. Die KPD erklärt, daß sie diesen Kampf unter allen Bedingungen mit der gleichen Entschlossenheit wie bisher führen wird, daß sie immer und unter allen Umständen das deutsche Volk zum Kampf gegen eine solche Politik für seine Lebensrechte aufrufen wird.

## **Verbot der KPD wäre grundgesetzwidrig**

Die KPD sieht es weiter als ihr unveräußerliches demokratisches Recht und als ihre unabdingbare nationale Pflicht an, diesen Kampf zu führen. Sie beschuldigt daher die Bundesregierung, das Verbot der KPD aus grundgesetzwidrigen Gründen zu betreiben, um sich des entschlossensten Gegners ihrer Politik zu entledigen. Sie betrachtet dieses Verfahren als einen grundgesetzwidrigen Mißbrauch des Art. 21 GG.

## **Die Politik der Pariser Verträge ist verfassungswidrig**

Herr Präsident, meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter! Bevor ich zu den Fragen speziell der politischen Motivierung und der Klarstellung der politischen Ziele des von der KPD geführten Widerstandskampfes übergehe, ist es notwendig, daß wir hier vor dem Senat in aller Klarheit mit möglicher Präzision darlegen, weshalb, aus welchen Gründen die KPD die Politik der derzeitigen Bundesregierung bekämpft, aus welchen Gründen sie auch wiederholt erklärt hat, daß sie in dieser Politik Elemente der Verfassungswidrigkeit, der Grundgesetzwidrigkeit sieht. Die Ursache dafür, daß die KPD mit ihrer ganzen Kraft die Politik der derzeitigen Bundesregierung bekämpft, liegt darin, daß sie in dieser Politik die schwerste Gefährdung der Lebensinteressen des deutschen Volkes und die Preisgabe seiner nationalen Selbstbestimmung sieht. Denn das Wesen dieser Politik der Bundesregierung wird gekennzeichnet durch die Bindung Westdeutschlands an die Kriegsverträge von Paris und die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus.

Die KPD stellt deshalb entsprechend den hier zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemachten Dokumenten auch heute und hier als ihren Standpunkt zu dieser Politik folgendes fest:

1. Die Bundesregierung räumt durch die Pariser Verträge ausländischen imperialistischen Mächten die Entscheidungsbefugnis in der gegenwärtigen nationalen Grundfrage des deutschen Volkes, der Frage seiner friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung, ein. Sie nimmt damit der westdeutschen Bevölkerung ihr nationales Selbstbestimmungsrecht und unterwirft sie der Entscheidungsbefugnis fremder Regierungen. Das widerspricht den elementaren Grundsätzen des Völkerrechts und dem Grundgesetz.
2. Die Bundesregierung liefert durch die Pariser Verträge, entgegen den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens und entgegen dem Grundgesetz, das Saargebiet dem französischen Imperialismus aus.
3. Die Bundesregierung bindet durch die Pariser Verträge Westdeutschland einseitig an einen militärischen Block unter amerikanischer Führung, der aggressive Ziele gegen andere Staaten und Völker verfolgt. Sie tut das unter Verletzung der Grundsätze des Potsdamer Abkommens und ihrer grundgesetzlichen

Pflicht, eine Politik des Friedens und der Völkerverständigung zu betreiben. Sie will sogar das wiedervereinigte Deutschland seiner außenpolitischen Entscheidungsfreiheit berauben und von vornherein seine Einbeziehung in den westlichen Militärblock festlegen.

4. Die Bundesregierung gefährdet mit dieser Politik nicht nur die Sicherheit und Existenz der westdeutschen Bevölkerung, sie setzt mit ihr nicht nur das Leben von Millionen Menschen in Westdeutschland aufs Spiel, sondern sie bedroht mit ihr den Frieden in Europa und die Unabhängigkeit schwächerer Völker. Sie verläßt damit den Boden des Völkerrechts und des Grundgesetzes.
5. Die Bundesregierung schafft mit ihrer Politik Hindernisse für die wachsenden Bemühungen um eine internationale Entspannung, indem sie bestrebt ist, die friedliche Lösung der Deutschlandfrage zu verzögern oder zu verhindern.
6. Die Bundesregierung erzeugt durch ihre Politik der Pariser Verträge schwerste Hemmnisse auf dem Wege zu einer demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands durch die Verständigung der Deutschen untereinander. Die Verwandlung Westdeutschlands in einen unlösbar an das amerikanische Paktsystem gebundenen militaristischen Staat, in dem die Kräfte der Reaktion wieder herrschen, erschwert die Schaffung eines einheitlichen und friedliebenden Nationalstaates. Die Bundesregierung verstößt damit gegen das grundgesetzliche Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.
7. Die Bundesregierung stellt in Ausführung der Pariser Verträge in Westdeutschland eine Armee unter dem Kommando ehemaliger Hitler-Generale auf, die amerikanischem Oberbefehl unterworfen ist. Der Einsatz dieser Armee wird nach den Pariser Verträgen nicht durch berechnete Verteidigungsinteressen des deutschen Volkes, sondern durch die Pläne amerikanischer Imperialisten bestimmt. Sie soll eingeständenermaßen in erster Linie der Unterdrückung freiheitlicher und demokratischer Bestrebungen des deutschen Volkes dienen. Damit eröffnet die Bundesregierung den reaktionären Kräften des deutschen Militarismus neue Machtpositionen, die eine schwere Bedrohung

der elementarsten demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes bedeuten.

8. Die Bundesregierung ermöglicht durch die Pariser Verträge den militärischen Einsatz ausländischer Truppen gegen freiheitlich soziale Bewegungen des deutschen Volkes.
9. Die Bundesregierung häuft durch ihre „Politik der Stärke“ wirtschaftliche Lasten auf die Bevölkerung Westdeutschlands, die deren soziale Interessen und Rechte aufs äußerste gefährden. Sie liefert durch diese Politik die Reichtümer Westdeutschlands und die Ergebnisse des Schaffens westdeutscher Werkstätiger dem Mißbrauch für ausländische Rüstungsinteressen aus.
10. Die Bundesregierung unterwirft die westdeutsche Bevölkerung durch die Pariser Verträge auf lange Zeit einem Besatzungsregime, das die Sicherheit und Würde des deutschen Volkes bedroht und die Werte deutscher Kultur der Zersetzung und Zerstörung durch die Einwirkungen der Unkultur des amerikanischen Imperialismus preisgibt.

Das sind die entscheidenden Gründe, aus denen die KPD in der Politik der Bundesregierung eine schwere Bedrohung der nationalen Rechte und Interessen des deutschen Volkes erblickt und aus denen sie diese Politik und das Adenauer-Regime — ein Begriff, mit dem sie gerade diese Politik kennzeichnet — schärfstens bekämpft. Daß diese Einschätzung der gegenwärtigen Regierungspolitik durch die KPD nicht willkürlich ist, ergibt sich überzeugend daraus, daß Vertreter der Bundesregierung und der hinter ihr stehenden politischen Kräfte diesen Charakter ihrer „Politik der Stärke“ selbst unzweideutig zum Ausdruck gebracht haben.

### **Sie wollen das deutsche Volk ein zweites Mal ins Verderben stürzen**

Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an folgende in der westdeutschen Öffentlichkeit bekanntgewordene und auch veröffentlichte unmißverständliche Erklärungen. Der jetzige niedersächsische Ministerpräsident Hellwege erklärte nach einer Mitteilung der Olden-

burger „Nordwest-Zeitung“ vom 30. 5. 1953 auf dem Bundesparteitag der Deutschen Partei in Hamburg:

*„Deutschland war immer ein Bollwerk gegen Asien — die Stunde höchster Bewährung ist gekommen. Damit wir sie bestehen können, brauchen wir den starken Arm einer Wehrkraft.“*

Der Bundesminister Kraft äußerte am 1. 9. 1953 im Rias, daß staatsrechtlich alle die Gebiete, die einmal zum Deutschen Reich gehört haben, noch Bestandteile des Deutschen Reiches seien.

Der Bundesminister Oberländer verlangte im „Bulletin der Bundesregierung“ vom 6. 11. 1953 eine „Lösung der sudetendeutschen Frage im Geist des Abkommens von München“. Und im bayerischen Rundfunk erklärte er:

*„Bayern hat . . . die Ostgrenze, in der das Grenzgebiet für eine Lösung der sudetendeutschen Frage im Sinne des Münchener Abkommens und für eine gesamteuropäische Lösung gestärkt werden muß.“*

Der jetzige Bundesminister Dr. von Merkatz verherrlichte in der Bundestagssitzung am 24. und 25. Februar d. J. nach einer Mitteilung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 28. 2. das aggressive Preußentum und sagte in diesem Zusammenhang:

*„Wir möchten endgültig das beachtet wissen, was unser persönliches Gut und das Gut ganz Deutschlands war, nämlich unsere preußische Heimat, unsere östliche Heimat, die in uns fortlebt und eines Tages als die Heimat der Deutschen wieder aufgerichtet werden wird.“*

Der dem Bundeskanzler nahestehende „Rheinische Merkur“ vom 8. 4. d. J. forderte, wie gerichtsbekannt und wie hier mehrfach eingeführt worden ist, den gewaltsamen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, indem er den Begriff „Wiedervereinigung“ ablehnte und offen propagierte, daß man in Zukunft von der „Befreiung“ Ostdeutschlands sprechen solle.

Und schließlich und letztens äußerte der Bundesminister Kraft nach einer DPA-Meldung am 21. 5. d. J. auf einem sog. Heimattreffen von Oberschlesiern in Lüneburg, nach der Ratifizierung der Pariser Verträge sei es jetzt an der Zeit, das Gesicht dem Osten zuzuwenden.

Osteuropa sei erst durch die deutsche Kolonisation ein Bestandteil des Abendlandes geworden. Allen Völkern jenseits des Eisernen Vorhangs müsse geholfen werden, sich aus dem bolschewistischen Joch zu befreien.

## Die KPD kämpft gegen die Propagierung des Krieges

Die KPD weist daher mit tiefer Sorge darauf hin, daß wir also schon wieder die altbekannten Worte von der „Neuordnung Europas“, vom „Kampf gegen den Bolschewismus“, von der „Befreiung des Ostens“, vom „Bollwerk gegen Asien“ hören, Worte, von denen wir alle wissen, wer sie schon einmal gebrauchte und wohin sie das deutsche Volk gebracht haben.

Unter solchen Bedingungen erachtet es die KPD als die Partei der deutschen Arbeiterklasse für ihre höchste politische Pflicht und ihr unbedingtes Recht, den entschiedensten und konsequentesten Kampf gegen die Politik der Adenauer-Regierung zu führen. Denn eben das sieht sie als die Forderung der geschichtlichen Verantwortung vor dem deutschen Volk und vor der internationalen Arbeiterklasse an. Wenn die KPD aber deshalb vor Gericht gestellt wird, dann hat die Bundesregierung mit ihrem Verbotsantrag und mit dem hier auf ihre Veranlassung durchgeführten Verfahren nur einmal mehr bewiesen, wie notwendig die Verteidigung der nationalen Interessen des deutschen Volkes und des Friedens durch die KPD ist. Indem die KPD die Politik der Bundesregierung bekämpft, indem sie die westdeutsche Bevölkerung zum Volkskampf gegen die Bedrohung ihrer nationalen, demokratischen und sozialen Lebensinteressen aufruft, verletzt sie also nicht die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte, sondern, im Gegenteil, verteidigt sie diese demokratischen und freiheitlichen Elemente der Grundordnung.

## Die KPD bekennt sich zum deutschen Volk

Im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung bekennt sich deshalb die KPD auch vor diesem Gericht mit aller Entschiedenheit zu dem Recht und zu der Forderung der westdeutschen Bevölkerung, der Politik der gegenwärtig in Westdeutschland herrschenden Kreise den

Volkswiderstand entgegenzusetzen, weil diese Politik mit den Interessen und Rechten der deutschen Nation unvereinbar ist. Darum kann es zwischen der KPD und der Regierung Adenauer keine politische Gemeinschaft geben, darum steht die KPD an der Spitze des Kampfes gegen die Politik dieser Regierung, an der Spitze des Kampfes für ein einheitliches, unabhängiges, friedliebendes und demokratisches Deutschland.

## **Die KPD will ein einiges und demokratisches Deutschland, frei von ausländischen Bajonetten**

Die KPD will nicht ein gespaltenes Deutschland, sondern sie will, daß die Deutschen sich über die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands verständigen. Sie will, daß das deutsche Volk frei vom Druck ausländischer Bajonette, frei von der Bedrohung durch fremde Militärstützpunkte, frei von den Fesseln der Pariser Verträge über sein nationales Schicksal selbst entscheidet und daß es sich in freier Selbstbestimmung nach innen und außen die ihm gemäße Ordnung gibt. Die KPD will in Übereinstimmung mit den nationalen und demokratischen Interessen des deutschen Volkes, daß Deutschland nicht von fremden Mächten abhängig ist, sondern ein unabhängiger, souveräner Staat wird. Sie will kein Deutschland, das an aggressive Kriegspakte, wie die Pariser Verträge und den NATO-Pakt, gebunden ist, sie will nicht, daß die Jugend Westdeutschlands für wahnwitzige Weltherrschaftspläne in den Tod geht, sie will, daß ein bündnisfreies Deutschland durch die internationalen Garantien eines Friedensvertrages und eines Paktes der gesamteuropäischen kollektiven Sicherheit wirkliche Sicherheit erhält.

## **Die KPD will ein Deutschland ohne Krupp**

Die KPD stimmt deshalb voll und ganz mit den Massen des Volkes überein, die nicht ein Deutschland wollen, in dem Finanzgewaltige wie Herr Pferdenges und Herr Abs, Wehrwirtschaftsführer Hitlers, Kanonenkönige und nazistische Generale entscheidende Macht haben, sondern die ein Deutschland wünschen, in dem das Volk herrscht, in dem der Grundsatz Wirklichkeit ist: „Alles für das Volk, alles durch das Volk.“ Das wird zugleich ein Deutschland sein, wie es die KPD will, von dem keine Bedrohung anderer Völker ausgeht, dem niemand in der Welt zu mißtrauen braucht. Das wird ein friedliebendes Deutschland sein, das die Achtung aller anderen friedliebenden Völker genießt und mit ihnen auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung ihrer Souveränität und ihres territorialen Bestandes, auf der Grundlage der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten durch einen regen wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zum gegenseitigen Nutzen verbunden ist.

## Die KPD will ein starkes Deutschland

Dieses Deutschland, das die KPD will, wird nicht schwach und gefährdet sein durch die Bindung an die Politik imperialistischer Kriegsblocks, es wird stark sein, weil es im Innern getragen wird durch die Kräfte des Volkes, und weil es nach außen eine Politik des Friedens, der Verständigung und der Völkerfreundschaft betreibt. Das sind die Forderungen, das ist die Politik der KPD. Derartige Forderungen und eine derartige Politik kann aber doch niemand als eine Bedrohung oder Gefahr ansehen, der nicht selbst antinationale, antidemokratische oder den Frieden gefährdende Ziele verfolgt.

## Verbotsantrag gegen KPD ein Alarmzeichen für alle nationalgesinnten Deutschen

Darum sind der Verbotsantrag und der Prozeß gegen die KPD das denkbar ernsteste Alarmzeichen nicht nur für die Kommunisten in Westdeutschland, sondern für alle Arbeiter, für die Gewerkschafter und Sozialdemokraten, für jeden national und demokratisch denkenden Bauern und Bürger. Denn gegen ihr gemeinsames Anliegen, gegen ihr gemeinsames Interesse, gegen den Zusammenschluß aller verantwortungsbewußten Kräfte des Volkes richtet sich dieser Prozeß. Mit dem hier beabsichtigten Schlag gegen die KPD, mit dem Versuch der Unterdrückung des nationalen Widerstandes, mit der erstrebten Verurteilung von Massenbewegungen, außerparlamentarischen Aktionen und politischen Streiks überhaupt soll gerade das verhindert werden, was allein den Erfolg der nationalen und demokratischen Kräfte verbürgt: der einheitliche Kampf der Arbeiterklasse und der Zusammenschluß aller nationalbewußten Deutschen für ein einheitliches, unabhängiges und demokratisches Deutschland und für die Sicherung des Friedens in Europa.

Die KPD unterstützt diesen nationalen Kampf mit ihrer ganzen Kraft, und gerade dadurch beweist sie, daß sie eine deutsche Partei ist, daß sie die Vorkämpferin des Volkes gegen ausländische Unterdrückung, gegen die Auslieferung deutschen Landes und deutscher Menschen an fremde Interessen ist.

Bereits wenige Tage nach der Einreichung des Verbotsantrages gegen die KPD, nämlich am 26. November 1951, hat der 1. Sekretär

des Parteivorstandes der KPD, Max Reimann, das Wesen und die Ziele des von der KPD proklamierten nationalen Widerstandes charakterisiert, indem er erklärte:

*„Der nationale Widerstand der westdeutschen Bevölkerung richtet sich ausschließlich gegen die Politik der Spaltung Deutschlands, gegen die im Widerspruch zum Völkerrecht, zum Potsdamer Abkommen und auch zum Geist des Grundgesetzes stehende Politik der Kriegsvorbereitung auf westdeutschem Boden, gegen die Politik der Remilitarisierung, des Abbaues der demokratischen Rechte und Freiheiten, der Verschlechterung des Lebensstandards zu Gunsten der Profite des Großkapitals.“*

*Vor allem die Arbeiterklasse muß angesichts der drohenden Gefahr die demokratischen Rechte verteidigen und durch die Herstellung der Aktionseinheit im Kampf für ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen sich an die Spitze der nationalen Bewegung unseres Volkes stellen.“*

Die nationale Politik der KPD richtet sich also — und das ist von entscheidender Bedeutung für die Frage der Grundgesetzmäßigkeit dieser Politik — gegen die ausländischen und deutschen Kräfte des Imperialismus, die der westdeutschen Bevölkerung die freie Mitwirkung am Bau des einheitlichen, demokratischen Deutschlands und damit die Entscheidung in der wichtigsten nationalen Frage versagen wollen.

## Die KPD kämpft gegen Wiederbewaffnung des Militarismus

Die nationale Politik der KPD richtet sich gegen die Wiedererrichtung des aggressiven deutschen Militarismus. Sie dient damit sowohl der Verwirklichung der internationalen Verpflichtung unseres Volkes zu einer Politik des Friedens als auch dem Schutz der demokratischen Rechte und Volksfreiheiten in Westdeutschland vor einer Gefährdung der Demokratie durch eine Wiederbelebung von Militarismus und Faschismus. Denn die KPD ist überzeugt, daß auch den westdeutschen Revanchisten und Militaristen bei all ihrem Haß inzwischen klar geworden sein dürfte, daß sie in absehbarer Zeit durch einen Angriff auf die Sowjetunion, durch einen Überfall auf die durch den Warschauer Vertrag mit der Sowjetunion zur Sicherung des Friedens und der Unverletzlichkeit ihrer Territorien verbundenen Staaten, einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik, nur eines erreichen können: die Beschleunigung des Endes

ihrer Herrschaft, ihren vollständigen Untergang. Darum beabsichtigen sie heute ihre sog. „Politik der Stärke“ in erster Linie dort zur Anwendung zu bringen, wo sie auf geringeren Widerstand zu treffen hoffen. Das aber sind einmal Staaten wie die Niederlande, Belgien, Österreich und auch Frankreich, das sind zum anderen aber vor allem die Massen unseres eigenen Volkes, die Arbeiter und Bauern, die friedliebenden Bürger Westdeutschlands. Gegen sie soll, wie der Bundesminister Seeböhm in aller Offenheit aussprach — diese Frage war ja bekanntlich sogar Gegenstand einer Auseinandersetzung in der 89. Sitzung des Bundestages vom 21. Juni d. J. —, mit der von einem Kern nazistischer und militaristischer Offiziere kommandierten Armee im großen das wiederholt werden, was der Grenzschutz in Bayern im Manöver probte: die Zerschlagung von Streikbewegungen, die Unterdrückung aller Regungen und Bestrebungen, die nationalen, sozialen und demokratischen Interessen des Volkes gegen den Angriff von Reaktion und Monopolkapital zu verteidigen.

Die KPD kämpft gegen die Aufstellung der neuen deutschen Wehrmacht, weil ein remilitarisiertes und aggressives Westdeutschland nicht mit dem Staat der Arbeiter und Bauern, mit der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik vereinigt werden kann. Darum muß sich der nationale Widerstand um der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands willen gegen die Wiedererrichtung des Militarismus auf westdeutschem Boden richten, darum muß er sich gegen die Bedrohung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Westdeutschland wenden.

## **Die KPD kämpft gegen die doppelte Ausbeutung der Werktätigen**

Die KPD tritt für die sozialen Interessen der werktätigen Massen ein und wendet sich gegen die Gefährdung der westdeutschen Wirtschaft. Denn das, was die Propagandisten der derzeitigen Bundesregierung das „Wirtschaftswunder“ nennen, das ist dadurch gekennzeichnet, daß die deutschen Großkapitalisten den Bestrebungen der amerikanischen Industrie- und Finanzherren auf ein verstärktes Eindringen in die westdeutsche Wirtschaft Vorschub leisten, um sich damit den Schutz amerikanischer Monopole bei der Verdrängung anderer kapitalistischer Konkurrenten auf bestimmten Teilen des Weltmarktes zu erkaufen. Um ihrer Profitinteressen willen haben die deutschen Industrie- und Bankherren es dahin gebracht, daß den Werktätigen Westdeutschlands die Lasten der doppelten Ausbeutung durch die eigenen und fremden Monopolisten auferlegt werden, daß der westdeutschen Wirtschaft durch ihre Abhängigkeit und einseitige wirtschaftliche Orientierung besonders schwere Gefahren drohen, daß mit der jetzt anlaufenden Aufrüstung sich alle jene für die Massen des Volkes so verheerenden Folgen wiederholen sollen, denen sich die KPD immer entgegengestellt hat, und die wir in den letzten 40 Jahren schon zweimal erlebt haben: die steigenden Lasten für Rüstungen und Kriegsvorbereitungen, die Verknappung der Rohstoffe für die Verbrauchsgüterproduktion, die Zwangskommandierung von Arbeitern in die Rüstungsbetriebe, die zunehmende Ausplünderung, Ruinierung und Verelendung der breiten Volksschichten.

## **Für die Erhaltung des nationalen Kulturerbes – gegen amerikanische Kulturbarbarei**

Die nationale Politik der KPD richtet sich schließlich gegen die Unterwerfung unseres Volkes unter die amerikanische Lebensweise, gegen die Kulturbarbarei des amerikanischen Imperialismus.

Das und nur das ist der Sinn der Politik der KPD und der Inhalt des nationalen Widerstandes, den sie proklamiert. Der Ruf der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Entfaltung des nationalen Widerstandes ist also der Aufruf an das deutsche Volk, die Verteidigung seiner Interessen, die Sache der Nation und des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts in die eigenen Hände zu nehmen. In die Reihen der nationalen Bewegung gehört darum jeder, der zu

Deutschland steht. Nicht die Interessen einer Partei, sondern die Interessen des ganzen Volkes erfordern den Zusammenschluß aller Deutschen, damit sie die Geschieke ihres Landes und ihres Staates selbst gestalten. Deshalb kann dieser nationale Kampf des deutschen Volkes auch nur von einer gesamtdeutschen Bewegung geführt werden, weil ihm die Prinzipien der nationalen Selbstbestimmung des deutschen Volkes, die gesamtnationalen Interessen zugrundeliegen.

Das Eintreten der KPD für diese nationalen Ziele des deutschen Volkes, für seine Lebensinteressen, der politische Kampf der KPD ist deshalb zutiefst demokratisch. Er steht in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz, er entspricht den Grundrechten des Volkes und dient ihrer Verwirklichung. Es ist ja ein altes demokratisches Prinzip, daß, wo immer sich eine Regierung gegen das Volk stellt, wo immer sie ihre Pflicht und höchste Verantwortung verletzt und nicht mehr die nationalen Interessen des Volkes wahrt, es eines der grundlegendsten Rechte des Volkes ist, einer solchen Regierung Widerstand entgegenzusetzen, ihren Sturz zu betreiben, um die Bildung einer neuen Regierung zu erwirken, die die nationalen Rechte und Interessen des Volkes achtet und verteidigt. Dieses Recht des Volkes wird für die Massen, wird für jeden einzelnen und erst recht für eine politische Partei zur höchsten Pflicht, wenn eine Regierung gegen die Lebensinteressen des Volkes handelt, wenn sie sich anschickt, durch die Zerstörung demokratischer Freiheiten und Rechte die Voraussetzungen für Aggressionen nach außen zu schaffen.

## **Regierungen, die gegen die Interessen des Volkes regieren, haben keinen Bestand**

Die KPD geht deshalb davon aus, daß die Geschichte lehrt, daß man zwar den Willen einzelner zeitweilig mit Gewaltmitteln unterdrücken kann, daß aber, geschichtlich gesehen, selbst die sog. tausendjährigen Reiche trotz ihres grauenvollen Terrors doch nur für kurze Zeit den Triumph nationaler und demokratischer Freiheitskämpfe aufzuhalten vermochten. Wo sind sie denn heute, die in Deutschland und vor allem in den von Hitlerarmeen okkupierten Ländern die nationalen Bewegungen gegen die Unterdrückung der Völker zu ersticken hofften? Wo sind die Laval und Quisling, die Horthy und Degrelle? Zusammen mit ihren Herren und Auftraggebern sind sie doch vom Zorn der Völker hinweggefegt worden. Und über halb Europa, in dem einst diese Herrenmenschen und ihre Gefolgsleute schon glaubten, sich ungestraft auf Kosten der Völker bereichern zu können, über diesem halben Europa flattert heute die siegreiche Fahne der nationalen und sozialen Befreiung. Die KPD weiß und sie geht davon aus, daß Regierungen, so laut sie wollen, das Recht auf unbegrenzte Dauer für sich und ihre Politik in Anspruch nehmen mögen, daß sie aber damit an den geschichtlichen Tatsachen nichts ändern können, die besagen, daß Regierungen ohne das Volk und gegen die nationalen Interessen des Volkes keinen Bestand haben können, daß jede Politik letzten Endes unweigerlich zum Scheitern verurteilt ist, die dem Willen des Volkes zuwiderläuft.

Man sage nicht, daß die Kommunistische Partei Deutschlands, weil sie diese Wahrheiten und Tatsachen ausspricht, das Chaos wolle. Die Kommunistische Partei Deutschlands will im Gegenteil in Westdeutschland eine stabile Regierung und eine stabile Regierungspolitik. Aber eben das können nur eine Regierung und eine Politik sein, die sich von den nationalen Interessen des deutschen Volkes, von seinen Wünschen leiten lassen und deshalb gegenwärtig ihre höchste Aufgabe darin sehen, alles für die schnelle Herbeiführung der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands zu tun.

Die Kommunisten wollen in Westdeutschland, sie wollen in ganz Deutschland eine stabile Ordnung. Aber stabil kann nur eine

Ordnung sein, in der das Volk bestimmt. Stabil kann nur eine Ordnung sein, in der die Arbeiterklasse als die stärkste und fortschrittlichste Kraft der Nation den ihr gebührenden Platz in Staat und Gesellschaft einnimmt.

## Die Kommunisten kämpfen mutig an der Spitze unseres Volkes

Von diesen Tatsachen, von diesem wirklichen Inhalt und Ziel des nationalen Widerstandes, zu dem die KPD aufruft und den sie unterstützt, hätte der Senat sich längst in der Beweisaufnahme völlig überzeugen können, wenn er dem Antrag der KPD entsprochen und über das wirkliche Verhalten der Kommunisten in Westdeutschland Beweis erhoben hätte. Wie deutsche Arbeiter, Bauern, Bürger die Kommunisten immer besser kennenlernen, so hätte auch der Senat dann Gelegenheit gehabt, etwas über das Leben und das Wirken einfacher Menschen zu erfahren, denen die Zugehörigkeit zur KPD die Pflicht auferlegt und die Kraft gibt, überall dort an der Spitze zu stehen, überall dort zu wirken und zu kämpfen, wo die Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Menschen, die Sache der Nation, der Demokratie und des Friedens vertreten werden.

Aber während seitens der Prozeßvertreter der Bundesregierung hier Verleumdungen gegen die KPD und zum Teil — ich habe das in einem bestimmten Zusammenhang hier ausdrücklich festgestellt — in einer Tonart vorgetragen wurden, von der wir glaubten, daß wir sie nicht noch einmal zu hören brauchten, war der Senat nicht bereit, Zeugen anzuhören, die im Kampf für Freiheit und Recht ihr Leben eingesetzt haben. Aber was man in diesem Saale glaubte, nicht zur Kenntnis nehmen zu sollen, das ist doch draußen im Lande bekannt, das verstehen doch die Menschen in Westdeutschland von Tag zu Tag besser, und daran kann man doch nicht vorbeigehen. Wie sollen sie denn die Tat z. B. des jungen Kommunisten Walter Zauner nicht verstehen, der mutig Sprenglöcher zumauerte, um unser Land vor den Kriegsvorbereitungen fremder Truppen, vor der Verwandlung in den Aufmarschplatz eines neuen Krieges zu schützen? Wie sollten die Arbeiter draußen im Lande solche Arbeiterführer wie Fritz Rische, Josef Ledwohn und Karl Zemke nicht verstehen, deren ganzes Leben als Betriebsräte, als Gewerkschafter, als Funktionäre der KPD doch nur in dem Dienst der einen Sache steht, der Verelendung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken, die Kampfkraft der Arbeiter durch die Aktionseinheit zu erhöhen, den Arbeitern und dem Volk den Weg in eine bessere Zukunft zu zeigen? Wie sollte die Jugend, die doch den Militarismus zutiefst haßt, solche Vorkämpfer gegen die Rekrutierung in eine Söldnerarmee wie Jupp Angenfort und Wolfgang Seiffert nicht verstehen, die das Recht der deutschen Jugend auf eine frohe und glückliche Zukunft vertreten

haben? Wie sollten die Bauern den Bauer Richard Scheringer nicht verstehen, da sie doch von der gleichen Sorge um die Erhaltung von Land und Hof bewegt werden, da es ihre Interessen sind, die er als Kommunist im Kampf gegen Landbeschlagnahmen und Bauernlegen vertritt? Diese Gemeinsamkeit der Interessen ist es, die zur Sorge der westdeutschen Reaktion, zum Schrecken auch der derzeitigen Bundesregierung in den letzten Jahren immer mehr Menschen an die Seite der Kommunisten, in die gemeinsame Kampffront von Kommunisten und Nichtkommunisten geführt hat. Diese Gemeinsamkeit der Interessen ist es, die trotz Unterdrückung und Verfolgung, trotz Diffamierung und Hetze den nationalen Widerstand breiter Kreise der westdeutschen Bevölkerung anwachsen läßt.

### **Der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Adenauerpolitik wächst täglich**

Deshalb zeigt sich in der Arbeiterklasse, die auch in Westdeutschland mit ihren Streikkämpfen, besonders seit den Januarstreiks im Ruhrgebiet, mit ihrem Widerstand gegen die Ratifizierung und Durchführung der Pariser Verträge, mit ihrem einmütigen Bekenntnis zur Aktionsgemeinschaft bei den Betriebsrätewahlen, mit ihrem Kampf um die Verwirklichung des Aktionsprogramms des DGB an die Spitze der nationalen Bewegung getreten ist, eine Neuorientierung. Diese Neuorientierung zeigt sich auch unter den Bauern, die nicht gewillt sind, Haus und Hof für den Bau von Kasernen und Flugplätzen zu verlieren. Sie zeigt sich unter der Intelligenz, die mit ihrem erfolgreichen Kampf gegen den faschistischen Minister Schlüter in Niedersachsen ein großes Beispiel demokratischen und humanistischen Verantwortungsbewußtseins gegeben hat. Sie zeigt sich in jenen Kreisen der westdeutschen Wirtschaft, die nicht gewillt sind, die amerikanischen Embargobestimmungen und den Ruin der Friedensindustrie hinzunehmen und die den freien Handel mit der DDR, der Sowjetunion und der Volksrepublik China verlangen. Sie zeigt sich in der deutschen Jugend, in den Forderungen des 3. DGB-Jugendkongresses nach aktivem Kampf gegen den Militarismus, in dem Verlangen breiter Kreise der Gewerkschaftsjugend, der Falken und Jungsozialisten nach Anwendung außerparlamentarischer Kampfmittel gegen die Regierung.

Die Kommunisten wissen sehr gut, daß es bei all diesen Menschen viele Vorstellungen und Wünsche gibt, die nichts, aber auch gar nichts mit Kommunismus und den Kommunisten zu tun haben. Das

hindert die Kommunisten aber nicht, ihnen allen brüderlich die Hand zur Verständigung und zur Zusammenarbeit zu reichen. Denn so konsequent und unversöhnlich die Kommunisten in ihrem Kampf gegen das Adenauer-Regime sind, so sehr sehen sie in jedem sozialdemokratischen Arbeiter den Klassengenossen, so sehr sehen sie in jedem verantwortungsbewußten Deutschen den Mitkämpfer für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation, den Freund in großer, gemeinsamer nationaler Sache.

Eben darum arbeiten die Kommunisten aktiv in der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, was man ihnen hier zum Vorwurf machen will. Eben darum tut die KPD alles, um die letzten Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, der Sammlung und damit dem Sieg der nationalen demokratischen Kräfte entgegenstehen. Sie tut alles in der Überzeugung, daß es heute nicht um die Sache einer Partei, sondern daß es um die Sache des Volkes, um den Aufstieg Deutschlands als eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Staates geht.

Aus all diesen Gründen, Herr Präsident und meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter, entbehrt dieses seitens der Bundesregierung betriebene Verbotverfahren gegen die KPD der Rechtsgrundlage. Es ist mit Wortlaut und Sinn des Grundgesetzes unvereinbar und steht im Widerspruch zu dessen verbindlichen Rechtssätzen über die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und zu seinen Prinzipien über die Grundlagen der inneren Ordnung in der Bundesrepublik. Dazu wird morgen im einzelnen dann mein sehr verehrter Kollege Dr. Hütsch sprechen.

Von Tag zu Tag sprechen daher heute mehr Menschen in Westdeutschland unmißverständlich aus, das zeigt die ganze Presse der letzten Zeit, daß mit dem Angriff auf die Legalität der KPD einem antinationalen und antidemokratischen Kurs Vorschub geleistet wird. Sie begnügen sich nicht mehr damit, ihren Unwillen über die gegenwärtige Politik der Bundesregierung kund zu tun, sondern sie erklären in aller Offenheit die Notwendigkeit und ihre Bereitschaft, dieser Politik einen breiten außerparlamentarischen Widerstand entgegenzusetzen. Gerade den Aufruf hierzu aber wirft man der KPD als Begründung in diesem Verfahren als verfassungswidrig vor. Ihre eigenen Erfahrungen zwingen diese Menschen, die weltanschaulich oft weit von der KPD entfernt sind, dennoch insoweit

die Richtigkeit und Notwendigkeit der Politik der KPD faktisch zu bestätigen.

Diese Entwicklung in Westdeutschland wurde vor der deutschen und internationalen Öffentlichkeit deutlich sichtbar durch die Paulskirchenbewegung gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge und durch das große Echo, das diese antimilitaristische Volksbewegung bei den Massen der Bevölkerung fand.

### **Die Anhänger des Friedens und der Demokratie müssen sich zusammenschließen**

Insbesondere auch in den letzten Debatten im Bundestag um die Wehrgesetzgebung sieht die KPD den Beweis dafür, daß die gegenwärtige Lage mehr denn je den Zusammenschluß aller Anhänger des Friedens und der Demokratie in einer solchen außerparlamentarischen Bewegung fordert, wenn nicht wiederum die Gefahr entstehen soll, daß in Westdeutschland Demokratie und Freiheit durch ein autoritäres Regime zerstört werden. Es erweist sich daher als richtig — und die KPD begrüßt es —, wenn z. B. Professor Dr. Abendroth ausgehend gerade von den Erfahrungen dieses Prozesses und dieses Verfahrens hier zu der Feststellung gelangt in „Die andere Zeitung“ vom 9. 6.:

*„Demokratie beruht auf der ständigen Bereitschaft der demokratischen Kräfte des Volkes, sie zu schützen. Diese Bereitschaft im Ernstfall in demokratischen Massenaktionen praktisch zu zeigen, bleibt der geschichtliche Auftrag der deutschen Arbeiterklasse, was immer auch das Bundesverfassungsgericht beschließen möge.“*

### **SPD-Funktionäre erkennen: Der KPD-Prozeß richtet sich gegen die Demokratie**

Wie sehr man gegenwärtig bereits diesen Ernstfall als gegeben ansehen muß, geht aus Ausführungen des Organs der SPD, „Vorwärts“, vom 8. April 1955 hervor. Der „Vorwärts“ spricht dort — ich zitiere wörtlich — von der „Verfassungsbruchlüsternheit“ als einem charakteristischen Merkmal der gegenwärtigen Lage in Westdeutschland und bekennt sich zu der Auffassung — ich zitiere wiederum wörtlich —, „daß ein Generalstreik die legitime Antwort nicht nur auf die Aufhebung der Koalitionsfreiheiten durch Regie-

rung und Parlament, sondern auch dann angebracht sei, wenn die Regierung sich ständig gegenüber dem Druck anderer Machtgruppen als zu schwach erweise“. Der „Vorwärts“ leitet dabei das Recht auf Widerstand aus den allgemeinen Rechtsgrundsätzen der Notwehr und des Notstandes ab und erklärt den Widerstand darüber hinaus — wiederum wörtlich — als „eine Funktion des Verfassungsgrundsatzes, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangt auch Rechtsanwalt Dr. Paul Haag, Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Hessen-Süd. Er warnt davor, angesichts eines solchen — wörtlich — „Husarenritts“, wie ihn Dr. Adenauer mit dem Freiwilligengesetz unternommen habe, den Plädoyers vor Verfassungsgerichten und Staatsgerichtshöfen mehr als nur akademische Bedeutung beizumessen, denn:

*„Die ‚legale‘ Regierung plädiert notfalls mit Maschinengewehren und Tränengasbomben, wenn das Ergebnis des Verfassungstreits anders als erwartet ausfällt.“ — eine kurze Auslassung, dann fährt das Zitat fort:*

*„Das Volk hat, wenn seine Souveränität nicht eine leere Floskel für Festredner sein soll, ein Widerstands- und Streikrecht auch dann, wenn die Wege der legalen Regierung in eine Richtung weisen, an deren Ende die Herrschaft einiger weniger Machtgruppen steht.“ — wieder eine Auslassung und dann fährt das Zitat fort:*

*„Die Führung der politischen und sozialpolitischen Opposition sollte sich die Frage überlegen, ob der Unterschied zwischen der heutigen Situation und der von 1932 noch so wesentlich ist, daß die Beschränkung ihrer Aktivität auf Parlament und Verfassungsgericht noch zu verantworten ist.“*

*(Das Zitat ist entnommen der „Anderen Zeitung“ vom 23. Juni d. J.)*

Und ich möchte schließlich in diesem Zusammenhang hinweisen auf eine Meldung der letzten Tage, daß nämlich der ja allgemein bekannte Heidelberger Soziologe Prof. Weber am zweiten Tag des europäischen Gesprächs der Ruhrfestspiele über Gewerkschaften und Parlament in Haltern nach einer Meldung der „Stuttgarter Zeitung“ — ich habe leider noch nicht den genauen Wortlaut — ausgeführt hat, das Recht auf Generalstreik bestehe nicht nur bei einer Gefahr für die demokratische Ordnung, sondern auch dann, wenn der Arbeiterschaft von einer Parlamentsmajorität bereits erworbene Lebensrechte wieder weggenommen werden sollen.

Dieser Wille breiter Kreise der westdeutschen Bevölkerung, den Kampf um eine Änderung der Bonner Politik zu führen, wächst um

so mehr, als den Mißerfolgen und Gefahren dieser Politik der Stärke die zunehmende Wirksamkeit des Beispiels einer auf die Interessen des ganzen deutschen Volkes gerichteten, wirklich nationalen Politik gegenübersteht, das die Deutsche Demokratische Republik gibt.

### **Immer mehr Menschen erkennen:**

#### **Die Politik der DDR dient dem Frieden und der Einheit**

Von Tag zu Tag zeigt die Entwicklung deutlicher, daß die Vorschläge der Regierung der DDR im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands liegen und für die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes völlig annehmbar sind. Diese Vorschläge gehen ja bekanntlich dahin — wir hatten einen entsprechenden Beweisantrag gestellt —, daß ein friedliebendes und demokratisches Deutschland frei sein soll von allen Militärverträgen und daß dieses bündnislose Deutschland Teilnehmer eines Vertrages über die kollektive Sicherheit zwischen allen europäischen Staaten sein soll. Es ist kennzeichnend, daß die Bundesregierung nicht in der Lage ist, diesem klaren konkreten Vorschlag für die Wiedervereinigung Deutschlands andere konstruktive Pläne gegenüberzustellen, denn solange sie an der Bindung an den westlichen Militärblock festhält, müssen alle Erklärungen über Einheit Deutschlands leere Worte bleiben, und gerade daraus erklärt sich wieder der Kampf der KPD, die Politik der KPD.

Die nationale Friedenspolitik der Regierung der DDR hat zugleich in entscheidender Weise dazu beigetragen, das Mißtrauen der friedliebenden Völker, das eine Folge aus den Erfahrungen zweier Weltkriege, des zweimaligen Überfalls der deutschen Imperialisten auf unsere Nachbarländer war und das durch eine Politik der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und der Drohungen erneut nur allzu berechtigte Nahrung erhalten muß, abzubauen und damit die Rückkehr Deutschlands in den Kreis der friedliebenden Völker und Staaten, seine Rückkehr zu einer internationalen Zusammenarbeit im Interesse der Sicherung des Friedens zu fördern.

Diese Tatsachen sind es, die die KPD dazu berechtigen und dazu verpflichten, von der DDR als der Basis des Kampfes um ein friedliches, unabhängiges und demokratisches Deutschland zu sprechen. Wir haben das im einzelnen dargelegt. Diese Tatsachen und nur sie sind es, die weit hinaus über den Kreis der Kommunisten, weit hinaus sogar über den Kreis der Menschen, die die in der Deutschen

Demokratischen Republik vollzogenen gesellschaftlichen Umwandlungen bejahen, in zunehmendem Maße anerkannt und als beispielhaft für ganz Deutschland begrüßt werden.

### **Grundlagen der Friedenspolitik der DDR**

So ist es nicht erstaunlich, daß immer häufiger in Westdeutschland nach den Ursachen, nach den Grundlagen einer solchen Friedenspolitik gefragt wird. Und die KPD erachtet sich für verpflichtet, diese Frage zu beantworten, und sie beantwortet sie in ihren programmatischen Erklärungen. Diese Grundlagen bestehen eben darin, daß in der DDR nach 1945 sowohl die nationalen und demokratischen Forderungen der Massen des deutschen Volkes erfüllt wurden, wie die der Demokratisierung Deutschlands und dem friedlichen Zusammenleben der Völker dienenden Prinzipien des Potsdamer Abkommens, daß diese Grundsätze im staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zur Realität geworden sind. In der Deutschen Demokratischen Republik — und gerade das sagt die KPD den westdeutschen Menschen — sind die Verderber Deutschlands, die alten Friedensstörer, die imperialistischen und militaristischen Kräfte ausgeschaltet und haben keine Gelegenheit mehr, ihre Verbrechen zu wiederholen. Die Herrschaft der Arbeiter und Bauern dient den Interessen des gesamten Volkes wie den Interessen aller übrigen Völker, denen die Erhaltung des Friedens am Herzen liegt.

### **Der Warschauer Vertrag ist ein Friedenspakt, der der Einheit Deutschlands dient**

Für diese volle Übereinstimmung des nationalen Interesses des deutschen Volkes an seiner Wiedervereinigung mit dem internationalen Interesse der Friedenssicherung sieht die KPD im übrigen im Warschauer Vertrag, der zwischen der Sowjetunion, den europäischen Ländern der Volksdemokratie und der DDR abgeschlossen wurde, einen beispielhaften Ausdruck. Denn die große Bedeutung dieses Vertragswerkes liegt einmal darin, daß damit den Militärpakten von Paris, dem einseitigen, gegen andere Staaten gerichteten Block der NATO ein Verteidigungssystem entgegengestellt wird, das für alle Staaten offensteht, also gegen niemand gerichtet sein kann, das die Grundlage der Entwicklung eines kollektiven gesamteuropäischen Sicherheitssystems darstellt und mit dessen Zustände-

kommen vertragsgemäß außer Kraft tritt. Zum anderen wurde in den Warschauer Verhandlungen ausdrücklich das Recht der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt, jede für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands erforderliche Initiative zu ergreifen. Schließlich schafft der Warschauer Vertrag für alle Teilnehmerstaaten eine wirksame Sicherung gegen Pläne deutscher Militaristen, noch einmal nach der Methode des Überfalls auf einzelne Länder zu verfahren, um diese und das deutsche Volk ins Unglück zu stürzen. Der Warschauer Vertrag, der auch die Billigung der Regierung des chinesischen 600-Millionen-Volkes findet, beseitigt jeden Zweifel, daß jede Provokation, jede Aggression nicht nur in der Endkonsequenz, sondern in jedem einzelnen Schritt der Kriegsplanung der Militaristen und ihrer Hintermänner zum Scheitern verurteilt ist und von der vereinten Kraft des Weltlagers der Demokratie und des Sozialismus mit der restlosen und endgültigen Vernichtung des Angreifers beantwortet wird.

Darum betrachtet die KPD die Ergebnisse der Warschauer Konferenz als einen Ausdruck der umfassenden Bemühungen, vor allem der Regierung der Sowjetunion, in der internationalen Politik die Tendenzen der Verständigung und der Entspannung durchzusetzen. Diesen Anstrengungen ist es auch zu danken, daß in wenigen Tagen nunmehr in Genf die Viermächtekonferenz, jene Konferenz der führenden Staatsmänner beginnt, deren Zustandekommen bereits ein Beweis der beginnenden Entspannung ist und deren Erfolg die Völker der ganzen Welt ersehnen, deren Erfolg alle Arbeiterorganisationen der Welt verlangen und um deren Erfolg in allen Kirchen der Welt gebetet wird.

## Die KPD unterstützt den Appell von Helsinki

Kein verantwortungsbewußter Mensch vermag dem Appell zu widersprechen, den das Weltfriedenstreffen in Helsinki anläßlich der Viermächtekonferenz an die Weltöffentlichkeit richtete und in dem die große gemeinsame Aufgabe dargelegt ist:

*„Das Werk des Friedens wird schließlich verwirklicht werden, wenn die Kräfte des Friedens, die die gleichen Ziele haben — vor allem die Friedensbewegungen, die großen politischen Strömungen und die christlichen und sozialistischen Gruppierungen — ihre Anstrengungen vereinigen, um das Mißtrauen zu zerstreuen und den Frieden zu gewinnen.“*

*Die Widersprüche in der Welt können Schritt für Schritt beseitigt werden. Die Hoffnungen der Völker werden in Erfüllung gehen.“*

## Mehrheit der Menschheit für friedliche Koexistenz

Diese Hoffnungen der Völker beruhen auf der Anwendung der von der Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch ihre staatlichen Repräsentanten bereits vertraglich angenommenen Prinzipien der Koexistenz, des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Staaten, ungeachtet ihrer verschiedenen gesellschaftlichen Systeme.

In Anwendung dieser Prinzipien hat nunmehr auch die Sowjetregierung jüngst der Bundesregierung vorgeschlagen, normale diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik herzustellen. Die KPD hat diesen Vorschlag, der auf der Linie der von den deutschen Kommunisten jederzeit vertretenen Politik liegt, auf das wärmste begrüßt und die sofortige Annahme der Einladung Dr. Adenauers nach Moskau gefordert. Sie befindet sich damit in Übereinstimmung sowohl mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes, vor allem der westdeutschen Bevölkerung, wie auch mit deren in nie zuvor gekannter Einmütigkeit geäußerten Wünschen.

Von der Genfer Konferenz und von einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik erhofft das ganze deutsche Volk, erhofft auch die KPD eine Verbesserung der Möglichkeiten zur friedlichen Lösung der deutschen Frage. Das deutsche Volk sieht darin die besondere Verpflichtung, gerade jetzt seinen Kampf gegen alle Hindernisse einer friedlichen Wiedervereinigung, d. h. vor allem gegen die Pariser Verträge und die Remilitarisierung Westdeutschlands, zu verstärken.

## **KPD-Prozeß soll Wiedervereinigung und Verständigung verhindern**

Gerade im Hinblick auf diese Tatsachen und Umstände kann man diesen Prozeß gegen die KPD, gegen die entschiedenste Vorkämpferin der internationalen Entspannung, der deutschen Verständigung mit dem Ziel der friedlichen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf demokratischer Grundlage, der demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen nicht anders qualifizieren als einen Versuch, als den wohl offensichtlichsten Versuch im Rahmen einer ganzen Reihe von politischen Maßnahmen der Bundesregierung, die alsbaldige friedliche Lösung der Deutschlandfrage und die wirksame Sicherung des Friedens in Europa durch die Schaffung von Tatsachen zu erschweren oder zu verzögern. Niemand, meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter, weder die Öffentlichkeit noch auch dieser Hohe Senat vermögen an der Gefahr vorüberzugehen, die bereits von der Durchführung dieses Prozesses gerade in der gegenwärtigen Situation ausgeht und die eine unerträgliche Zuspitzung erfahren müßte, wenn sich das Gericht nicht in letzter Stunde entschließt, der grundgesetzwidrigen Absicht der Bundesregierung, die KPD verbieten zu lassen, diesem Anschlag gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes und die internationale Entspannung mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Das Bundesverfassungsgericht muß sich angesichts dieser Lage seiner besonderen Verantwortung bei jeder Entscheidung in diesem Verfahren bewußt sein. Es ist hier das Wort von dem reinen Rechtsverfahren gefallen. Ich bin der Meinung, Herr Präsident, meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter, daß sich der Senat über diese Verantwortung nicht durch eine Selbsttäuschung hinwegsetzen kann, in diesem Prozeß sei es möglich, eine „nur juristische“ Entscheidung zu treffen, die politischer Verantwortlichkeit bar sei. Gerade für diesen Prozeß trifft in vollem Umfang die grundsätzliche Feststellung des ersten Herrn Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Höpker-Aschoff, zu, der von jedem Richter dieses höchsten Gerichts Westdeutschlands die Erkenntnis der politischen Tragweite und Konsequenzen seiner Entscheidungen forderte, ein Standpunkt, dem sich der erkennende Senat nach seinen Worten in der Entscheidung über das Saarabkommen angeschlossen hat.

Dieser Prozeß ist ein politischer Akt von solcher Bedeutung für jeden Deutschen, daß sich niemand, der an der Entscheidung dieses Verfahrens teilhat, dafür seiner Verantwortung vor dem deutschen Volk entziehen kann.

## **Ankläger von heute werden die Angeklagten von morgen sein**

Denn eines steht, Herr Präsident, meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter, über alle Zweifel erhaben fest: Das letzte Urteil über die Fragen, die hier zur Entscheidung stehen, das letzte Urteil über die Politik der KPD wie über die der derzeitigen Bundesregierung, die diesen Prozeß gegen die KPD herbeigeführt hat, dieses letzte Urteil kann und wird nur das deutsche Volk und die deutsche Geschichte sprechen können. Und die KPD ist auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit zutiefst überzeugt, daß keine Gerichtsentscheidung, wie immer sie aussehen möge, daran wird etwas ändern können, daß vor der Geschichte unseres Volkes die Ankläger von heute die Angeklagten von morgen sein werden. Denn stets noch hat sich erwiesen, daß alle Kräfte und Bestrebungen, die sich gegen die Interessen und Rechte des Volkes und der Nation richten, die den Frieden der Völker gefährden, zum Untergang verurteilt sind. Ueber alle jene, die sich heute noch hindernd der schnellen Wiedervereinigung unseres Volkes in einem einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Nationalstaat und der Sicherung des Friedens in den Weg zu stellen versuchen, wird die Geschichte hinweggehen. Bleiben und bestehen aber wird das deutsche Volk, aufsteigen wird die deutsche Arbeiterklasse und die Partei der deutschen Arbeiterklasse, die auf eine mehr als hundertjährige ruhmreiche Vergangenheit zurückblickt und die die Perspektive des Sieges vor Augen hat, die Kommunistische Partei Deutschlands.